Ausgabe für Berlin und Umgegend
Abend-Ausgabe
Nr. 605. 44. Jahrgang
Freitag, 26. November 1915

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Russische Angriffe bei Dünaburg abgeschlagen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 26. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf vielen Stellen der Front Artilleriekampf.
Sonst nichts Wesentliches.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Ein Versuch der Russen, die Misse bei Pulpe zu überschreiten, wurde vereitelt.

Feindliche Angriffe bei Versemünde und auf der Westfront von Dünaburg sind abgeschlagen.

Heeresgruppen des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern und des Generals v. Linsingen
Nichts Neues.

Balkankriegsschauplatz.

Südwestlich von Sjenica und von Mitrovica wurden feindliche Nachhuten, die sich an diesen Stellen noch vor der Front der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen hielten, geworfen.

Oberste Heeresleitung. (W. T. B.)

Die Ententetruppen in Neugriechenland.

(Von unserem Korrespondenten.)

) Griechisch-bulgarische Grenze, 14. November.

In Neugriechenland ist man über die Auflösung der Kammer insoweit befriedigt, als man glaubt, daß sich in dem bis zu den Neuwahlen erforderlichen Zeitraume die Lage weiter klären werde. Auf alle Fälle ist man in den maßgebenden Kreisen der Ansicht, es werde verhindert werden, daß Griechenland doch noch an die Seite der Entente gedrängt werde. Was heute Griechenland für diese Mächtegruppe ist, unterschätzt diese selbst nicht; die wertvollen Dienste, die ihr seitens Griechenland geleistet werden, wiegen sehr schwer, und es würde nach der Meinung der griechischen Staatsmänner eine unvergängliche Schande für die verantwortlichen Lenker der Geschicke der Entente sein, wenn man nach alledem noch zu Gewaltmaßregeln greifen wollte, um Griechenland gefügiger zu machen. Die verschiedenen Gerüchte, die in dieser Beziehung umgehen, sind ja immerhin bezeichnend und scheinen bestimmt auf Ratschläge zurückzuführen sein, die den Ententediplomaten von venizelistischer Seite gegeben worden sein mögen. Dazu gehört die Besetzung des östlichen Mazedoniens mit der Beschlagnahme der Bahnstrecke Saloniki—bulgarische Grenze durch die Verbündeten und die Blockade der griechischen Häfen Piräus, Chalkis, Volo und Saloniki mit dem Hafen von Kawalla. In griechischen Militärkreisen meint man, daß man sich wohl noch auf Ueberraschungen gefaßt machen könne, dann wäre es aber auch mit der griechischen Geduld zu Ende.

Heute sieht man schon ein, welch schwieriges Unternehmen die Verbündeten mit ihrer Balkanaktion unternommen haben. Das Gebiet, das sie ausersehen haben, um den Bulgaren entgegenzutreten, liegt zum Teil noch im Bereiche der Bahnlinie, so daß sie sich auf gewisse Vorteile stützen können, was Nachschub, Verproviantierung, Munitionszufuhr und Verwundetenabfuhr anbelangt. Trotzdem stoßen sie jetzt schon beim Vorschicken der Artillerie auf Schwierigkeiten, auch der Train kann in den mehr abseits gelegenen Gegenden nicht gut vorwärts, wie soll das aber erst werden, wenn der Winter mit seinen Unbilden in diesen Gegenden einsetzt und sich zwischen Bahn und Kampfplätze das unwegsame, bergische und rauhe mazedonische Land einschiebt? Nach der in griechischen Offizierskreisen herrschenden Meinung gehen die Franzosen tatsächlich bisher sehr vorsichtig vor, von den Engländern sind überhaupt noch keine 7000 Mann an der Kamfsinie. Die Franzosen mögen insgesamt 48 bis 50 000 Mann aufgerollt haben, erlitten aber in den Kämpfen dieser Woche schon ziemlich empfindliche Verluste. Der Rest der Truppen, die man nun wohl mit 115 000 Mann beziffern kann, steht in Reservestellungen und befindet sich sogar noch zum Teil in den Lagern von Saloniki. Die Feldartillerie der Verbündeten soll vorzüglich sein, man erwartet noch mehrere Regimenter, auch an Maschinengewehren sei kein Mangel, nur an Gebirgsartillerie und an beweglicherem Train fehle es. Die Verbündeten waren sogar genötigt, Hunderte von Büffelwagen in der Provinz aufzunehmen, um ihren selbst mitgebrachten Train zu ergänzen. Tragtiere und Pferde konnten sie im Lande nicht mehr auftreiben, die waren bereit von den griechischen Truppen requiriert worden. Den ungünstigsten Eindruck machen entschieden die Engländer (Auftralier inbegriffen) und die französischen Kolonialtruppen. Sonst sieht man unter den Franzosen prächtige Truppen in vorzüglicher Ausrüstung. Dies gilt namentlich von den später eingetroffenen Truppen, die sehr vorteilhaft von den ersten Sendungen abstechen.

Die Kämpfe haben sich infolge des Bestrebens der Verbündeten, Doiran wieder den Bulgaren zu entreißen und sie über Istip zurückzuwerfen, bedeutend blutiger gestaltet. Das geht schon aus den jetzt häufiger eintreffenden Verwundetentransporten hervor, die sich nun doch nicht mehr so heimlich behandeln lassen, wie es bisher der Fall gewesen ist. Man zog auch mehr Sanitätspersonal heran, und im Hafen von Saloniki liegen schon sechs Spitalschiffe anstatt der zwei, die anfangs dorthin geschickt worden waren. Man bringt in Saloniki den armen Verwundeten das größte Mitgefühl entgegen, denn daß man dort sehr franzosenfreundlich gesinnt ist, das ist eine längst bekannte Tatsache. Franzosenfreundlich schließt aber nicht den Begriff „ententefreundlich" in sich. Man lobt die Höflichkeit der französischen Krieger, man ist mit ihrem Benehmen außerordentlich zufrieden, man sieht sie gern, soweit eben nicht die eigene Tasch dabei in Betracht kommt, denn die Anwesenheit dieser Menge fremder Truppen treibt die Preise aller Lebensbedürfnisse zu sehr empor, und so leidet auch die Sympathie für die Franzosen unter diesem Umstande. — Ein französischer Flieger leistete sich das Vergnügen, die Gebäude zu umkreisen, und zwar so niedrig, als möglich, in dem die Konsulate Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens untergebracht sind. Wahrscheinlich sollte dies eine Demonstration bedeuten.

Skuludis über die griechische Neutralität.

(Telegramm.)

Paris, 26. November. (W. T. B.)

„Petit Parisien" bringt eine Unterredung seines Athener Korrespondenten mit dem griechischen Ministerpräsidenten Skuludis. Skuludis ermächte den Korrespondenten zu folgenden Mitteilungen: Die griechische Regierung wird alles daran setzen, um das Mißverständnis, das zwischen den Alliierten und Griechenland entstanden ist, zu zerstreuen. Unser größter Wunsch ist, die Beziehungen freundschaftlichen Vertrauens aufrechtzuerhalten, die die Erinnerung an die Vergangenheit und die Sorgen um aktuelle Interessen auferlegen. Griechenland ist neutral und wird neutral bleiben, was auch kommen mag. Wir werden fortfahren, alle Vorschläge, daß wir uns aktiv am Kriege beteiligen sollen, von wo sie auch herkommen, zurückzuweisen, weil diese Politik die einzige zu sein scheint, die den Wünschen des Landes, das nach zwei Kriegen friedensdurstig ist, entspricht. Unsere freundschaftliche und wohlwollende Haltung gegenüber den Alliierten nach der Landung ihrer Truppen in Saloniki hat sich darin gezeigt, daß wir ihnen freien Durchgang durch unser Gebiet sicherten, was bereits eine Abweichung von den strikten Regeln der Neutralität in sich schloß. Heute wollte man von uns die Verpflichtung erlangen, die alliierten Armeen, die in Serbien operieren, über die griechische Grenze zurückgehen zu lassen und griechisches Gebiet zur Verpflegungsbasis und zum Gebiet militärischer Aktionen machen zu lassen, was von unserer Seite die aktive Teilnahme am Kriege darstellen würde. Ich habe antworten müssen, daß, wenn eine derartige Möglichkeit Ereignis werden würde, die Anwendung der Haager Konvention eintreten könnte, die den Neutralen erlaubt, durch Entwaffnung der kriegführenden Armeen, die auf ihrem Gebiet operieren, der Tatsache entgegenzutreten, daß ihr Land zum Kriegsschauplatz werde. Ich füge hinzu, daß ich diese Bemerkung nur in theoretischer Form aufgestellt habe und um der Rechtslage willen, ohne tatsächlich der Zukunft vorausgreifen zu wollen, da die Umstände oft zwingender als Rechtsgrundsätze sind. Die Bemerkung, die ich machen mußte, hat bei den Alliierten eine ungerechtfertigte Mißstimmung hervorgerufen, man hat darauf durch eine Art von Blockade geantwortet, die Griechenland auszuhungern drohte. Es wurde vorgeschützt, daß die Besetzung der strategischen Punkte, die von unseren Truppen in der Nähe des Landungskorps an der Grenze vorgenommen wurde, für das Landungskorps eine wirkliche Gefahr darstellten. Ich meinerseits würde dazu bemerken, daß die Kanonen Eurer Kreuzer auf der Reede von Saloniki sehr viel drohender für unsere Truppen sind, als unsere Feldgeschütze für die Eurigen sein können. Aber ich will alle diese Umstände vergessen, und da Sie mich um genaue Angaben drängen, ermächtige ich Sie, folgende Worte unserer Unterredung zusammenzufassen: 1. Griechenland ist neutral und wird neutral bleiben, trotz aller Pressionen, woher sie auch kommen mögen. 2. Diese Neutralität wird gegenüber den Alliierten und im besonderen gegenüber Frankreich einen wohlwollenden Charakter bewahren. Trotz der gerechtfertigten Bemerkung, die zu machen ich verpflichtet war, wird niemals in Griechenland ein Finger gegen die alliierten Truppen erhoben werden.

b. Stockholm, 25. November. (Privat-Telegramm.)

„Rjetsch" behandelt in einem Leitartikel die Lage in Serbien und bezeichnet sie als sehr ernst. Das serbische Heer müsse auf seinem Rückzuge in zwei Teile zerfallen. Der eine wäre gezwungen, sich unter dem starken Druck der Deutschen und Oesterreicher nach Albanien zurückzuziehen, wo schlechte Wege die Flucht erschweren. Der andere Teil bei Monastir würde so stark von drei Seiten bedrängt, daß ihm keine andere Zuflucht als Griechenland übrig bliebe. Deshalb müsse man durchaus darauf hin wirken, daß die nach Griechenland fliehenden Serben nicht entwaffnet würden. Man müßte daher energisch, aber freundlich, den freien Durchzug der Serben ermöglichen. Drohungen könnten nur das Gegenteil zur Folge haben.

Die Kriegsgewinnbesteuerung.

Der Beginn des Gesetzgebungswerks.

Die ersten gesetzgeberischen Schritte zur künftigen Besteuerung der „Kriegsgewinne" sind nunmehr getan: wie wir heute morgen mitteilten, hat der Bundesrat zwei Gesetzentwürfe angenommen, von denen der eine die Sicherung der Besteuerung der Erwerbsgesellschaften im Auge hat, während der andere die Normen für die Besteuerung der Kriegsgewinne der Reichsbank enthält. Beide Entwürfe werden dem Reichstage bei seiner jetzt bevorstehenden Tagung zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

Bei der Beurteilung der einstweilen nur ihrem wesentlichen Inhalt nach bekanntgegebenen Gesetzentwürfe muß vorweg betont werden, daß sie lediglich einen Anfang darstellen: wenn in dem einen Entwurf nur von der Sicherstellung der Besteuerung der Aktiengesellschaften, der Gesellschaften mit beschränkter Haftung und den sonstigen, Erwerbszwecke verfolgenden juristischen Personen die Rede ist, so bedeutet das also keineswegs etwa, daß sich die kommende Kriegsgewinnsteuer auf diese Gesellschaften beschränken und Einzelpersonen nicht treffen wird. Diese Auslegung wäre völlig irrig. Die Regierung glaubte offenbar nur, von einer im Wege der Gesetzgebung vorzunehmenden Sicherung der Kriegssteuer bei Einzelpersonen absehen zu dürfen, und die Gründe hierfür werden darin zu finden sein, daß Einzelpersonen im Gegensatz zu den gesellschaftlich betriebenen Unternehmungen nicht durch jährliche „Gewinnausschüttungen" ihre Erträgnisse aus der Hand geben. Stellt der jetzt erfolgte gesetzgeberische Akt zunächst in dieser Beziehung nur den ersten Teil des ganzen Werks der Kriegsbesteuerung dar, so ist er auch insofern nur der Beginn des Ausbaues des Steuergedankens, als über die Höhe der Steuer, die Art ihrer Berechnung und über alle technischen Einzelheiten noch keine Angaben gemacht werden. Immerhin wird man, da für die Erwerbsgesellschaften die Stellung einer Reserve von 50 Prozent des „Mehrgewinnes" angeordnet wird, gewisse Rückschlüsse auf den Steuerbetrag oder seine Höchstgrenze, zum mindesten soweit die genannten Gesellschaften in Frage kommen, ziehen dürfen.

Einen Schritt über den ersten Anfang der Verwirklichung des Besteuerungsgedankens hinaus stellt der die Reichsbank betreffende Gesetzentwurf dar: er regelt bereits die Besteuerung der Gewinne dieses Instituts. Die Sonderstellung, die die Reichsbank in unserem Wirtschaftsleben einnimmt, und die großen, dem Institut während des Krieges zugefallenen Aufgaben haben eine beträchtliche Umwälzung in den Ertragsverhältnissen der Bank, insbesondere eine Erhöhung der Ergiebigkeit gewisser Einnahmequellen zur Folge gehabt. Diese Einflüsse und Folgen des Krieges lassen sich bei der Reichsbank schon jetzt besonders deutlich erkennen, und dieser Umstand mag die Reichsleitung veranlaßt haben, in Bezug auf das Institut bereits jetzt endgültige Normen für die Besteuerung seiner Kriegsgewinne zu schaffen.

*

Geht man auf die bisher bekanntgegebenen Einzelheiten des „Sicherungsgesetzes" ein, so ist als Hauptmaßregel die Verpflichtung zur Bildung einer Sonderrücklage in Höhe von 50 Prozent des „während der Kriegsgeschäftsjahre erzielten Mehrgewinns" zu nennen. Von der Verpflichtung werden, wie wir oben gesagt haben, alle Handelsgesellschaften und sonstigen zu Erwerbszwecken tätigen juristischen Personen betroffen. Die Ausführung der Vorschrift wird, was die Schaffung der Sonderrücklage angeht, im großen und ganzen keine besonderen Schwierigkeiten bieten. Anders wird es sich möglicherweise mit der Berechnung der Rücklage verhalten.

Der Gesetzentwurf schafft neben der für Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien bereits bestehenden Verpflichtung zur Bildung eines gesetzlichen Reservefonds den Zwang zur Stellung einer gesetzlichen Sonderreserve aus den während der Kriegszeit erzielten Mehrgewinnen. Das Gesetz will durch diese Maßregel den entsprechenden Betrag der Gewinne der Gesellschaften für den Zugriff des Reiches reservieren, diesen Teil der Mehrgewinne also den Aktionären, die normalerweise einen Anspruch darauf hätten, entziehen. Die Sonderrücklagen sind getrennt von dem Gesellschaftsvermögen anzulegen und zu verwalten. Man darf annehmen, daß diese „Kriegssteuerreserven" besonders geeignet sind, in Reichskriegsanleihe angelegt zu werden. In dieser Beziehung ist daran zu erinnern, daß der Reichsschatzsekretär bei Gelegenheit der Ankündigung des Gesetzes davon gesprochen hat, die Entrichtung der Kriegsgewinnsteuer würde auch in Kriegsanleihe zulässig sein.

Schwierig und in den bisherigen Veröffentlichungen über das Gesetz noch nicht hinreichend klar gestellt ist aber, wie schon gestreift, die Frage, von welchem Gewinnbetrage die fünfzigprozentige Reservestellung zu berechnen sein wird. Der Entwurf spricht vom „Mehrgewinn" und bringt damit zum Ausdruck, das nicht das dem Einkommen normaler Jahre entsprechende Erträgnis, sondern nur ein durch den Krieg oder während des Krieges erhöhter Ertrag, und dieser auch nur, soweit er den normalen Gewinn überschreitet, zur Stellung der Reserve verpflichtet, also, wie man wohl weiter schließen darf, steuerpflichtig sein soll. Was das Kriegssteuergesetz überhaupt unter Gewinn verstehen wird, ist noch nicht

ersichtlich gemacht. Nimmt man an, daß in Anlehnung an § 213 des Handelsgesetzbuchs der dort genannte bei Aktiengesellschaften nach feststehenden Normen zu berechnende „Reingewinn" gemeint ist, so würde das den Betrag bedeuten, der vor Stellung der satzungsgemäßen oder gesetzlichen Reserven und Zuweisungen aus der Vergleichung der Einnahmen und Ausgaben (dieser einschließlich der Abschreibungen) sich ergibt. Danach würde sich dann auch der Mehrgewinn berechnen. Der Begriff „Gewinn" kann aber von dem Steuergesetz auch weiter, und er kann auch enger gefaßt sein. „Weiter", wenn er die Höhe des Rohertrages unter Abzug lediglich der effektiven Ausgaben und gesetzlich vorgeschriebenen und notwendigen Abschreibungen umfaßt; „enger", wenn er, was aber nicht anzunehmen ist, nur den wirklich an die Aktionäre in Form der Dividende zur Verteilung kommenden Betrag betreffen würde.

Die größte Klarheit über das, was durch das Gesetz getroffen werden soll, ist im Interesse der Steuerpflichtigen sowohl wie in dem des Reiches geboten; ebenso wie es am Platze ist, etwaigen Umgehungsgelüsten, zu denen die aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften manche Handhabe bieten, zu begegnen. Es ist nicht zu verkennen, daß die Fassung des Gesetzentwurfs, nach der 50 Prozent des Mehrgewinns in Reserve zu stellen sind, für manche Leiter von Erwerbsunternehmungen den Anreiz enthalten kann, Gewinne zu verstecken; eine Möglichkeit, zu der er durch die an und für sich zulässige Bildung „stiller Reserven" leicht gelangt. Dem ist aber nachdrücklich entgegenzutreten.

Manche Aktiengesellschaften haben bereits aus ihren hohen, in Kriegszeiten erzielten Ueberschüssen besondere Aufwendungen und Rückstellungen für gemeinnützige Zwecke gemacht; erinnert sei nur an die Fried.-Krupp-Akt.-Ges., die ungefähr die Hälfte ihres im Geschäftsjahre 1914/15 erzielten Ueberschusses zu Stiftungen und wohltätigen Zwecken verwendet hat. Es wird die — wiederum durch die Definition des Wortes „Gewinn" zu lösende — Frage zu prüfen sein, ob eine derartige Verwendung eines Teiles des Jahresertrages die Anwendung des Gesetzes über die Sicherung der Kriegssteuer ausschließt. Wir möchten das grundsätzlich nicht annehmen; denn so dankenswert und nachahmenswürdig diese Art der Verwendung der Kriegsgewinne ist, so fern bleibt sie dennoch von dem eigentlichen Zweck der Kriegssteuer, nämlich der Rückgewähr eines Teiles der Kriegseinkünfte an das Reich, von dem sie letzten Endes ausgegangen sind.

*

Zu der Regelung der Besteuerungsfrage bei der Reichsbank ist zu bemerken, daß hier der Satz von 50 Prozent des Mehrgewinnes bereits für die Steuer feststeht. Daneben soll eine Ausgleichsabgabe für die seit dem 4. August 1915 zeitweilig aufgehobene Notensteuer entrichtet werden. Diese Abgabe bezweckt, dem Reiche für die ihm seit dem August 1914 entgangenen laufenden Steuereinnahmen aus der Ueberschreitung des Kontingents eine einmalige Abgeltung zu gewähren.

Die Reichsbank hat namentlich dadurch besonders hohe Einnahmen erzielt, daß das Reich bei dem Institut während des Krieges in weit stärkerem Umfange als sonst Schatzscheine diskontiert hat. Wenn auch die Bank dabei dem Reiche schon in mancher Hinsicht entgegengekommen ist, so blieb dennoch ein außerordentlich hoher Gewinn für das Institut übrig. Hat das Institut doch bereits für das Jahr 1914, in dem nur fünf Monate in die Kriegszeit fielen, einen weit größeren Gewinn als für 1913 ausgewiesen. Obwohl davon 42 Millionen Mark (gegen 31 Millionen Mark) — außer der Notensteuer — an das Reich gezahlt wurden, verblieben noch den Anteilseignern 10,24 Prozent (gegen 8,43) Dividende auf ein Kapital von 180 Millionen Mark. Für das laufende Jahr wird auf die Anteilseigner ein der Kriegsgewinnsteuer entsprechend geringerer Teil des Reingewinns fallen. Immerhin dürfte ihnen noch eine höhere Dividende zufließen, als für das Jahr 1914.

Daß die Reichsbank den Anfang mit der Steuerentrichtung macht, wird in der Bevölkerung nach Lage der Sache als dankenswert angesehen werden, und wird auch von den Anteilseignern gutzuheißen sein. Diese dürfen nicht vergessen, daß das Institut, an dem sie beteiligt sind, öffentlichen Charakter hat, und daß sie dem in eigenen wohlverstandenen Interesse Rechnung tragen müssen.

Bei jeder Konzessionsverlängerung der Reichsbank ist bisher von einem Teil der Bevölkerung die Forderung erhoben worden, die Reichsbank soll verstaatlicht werden. Erfreulicherweise hat die Regierung den Stimmen, die das verlangen, kein Gehör gegeben, und gerade in der Kriegszeit hat es sich gezeigt, wie wichtig und wertvoll für unseren Geld- und Zahlungsverkehr eine scharfe Trennung zwischen Reich und Reichsbank ist. Wollte man jetzt die Riesengewinne, die die Reichsbank zu Lasten des Reiches erzielt hat, den Anteileignern — zu denen auch Ausländer gehören — voll zufließen lassen, so würde mit vollem Recht die unter normalen Verhältnissen unbegründete Forderung auf Verstaatlichung der Reichsbank in weiten Kreisen der Bevölkerung Widerhall finden. Wer im Kriege Gelegenheit zur Erzielung besonderer Einnahmen hat, muß zugunsten des Reichs und damit auch zugunsten der minder Glücklichen auf einen Teil seine Gewinne verzichten. Das gilt für die Reichsbank, gilt für die privaten Erwerbsgesellschaften und schließlich für jeden einzelnen, der den Schutz des Reiches genießt. Der Reichstag wird, wenn auch die Einzelheiten der Entwürfe des Bundesrats nachzuprüfen sind, den Gedanken des Gesetzes einstimmig billigen.

Zur Frage der Neutralisierung des Kongobeckens.

Die „Tägliche Rundschau" hat in ihrer Abendausgabe vom 24. November 1915 sich mit der Frage beschäftigt, ob die Neutralisierung des Kongobeckens, welche neuerdings von englischer Seite, so zum Beispiel im „Manchester Guardian", angeregt worden ist, zu dem jetzigen Zeitpunkt überhaupt noch einen Zweck für Deutschland habe. Die „Tägliche Rundschau" kommt bei ihren Betrachtungen zu einer rund ablehnenden Beantwortung dieser Frage. Wir gehen mit ihr dahin einig, daß nicht etwa Rücksichten auf das Wohl und Wehe der weißen Rasse in Afrika für die englischen Kreise, die sich jetzt wieder für die Bestimmungen der Kongoakte interessieren, maßgebend sind, sondern daß vielmehr für einen englischen Vorschlag, jetzt Zentralafrika zu neutralisieren, rein praktische Erwägungen in Frage kommen. Diese sind von der „Täglichen Rundschau" mit dem Hinweis auf Aegypten auch treffend gekennzeichnet, dazu kommt dann wahrscheinlich noch das Bewußtsein, daß es trotz aller angedrohten großen Expeditionen doch sehr schwierig sein würde, Deutsch-Ostafrika zu erobern. Obgleich wir uns also über die englischen Beweggründe für einen etwaigen Vorschlag der Neutralisierung Zentralafrikas im jetzigen Zeitpunkt keineswegs im Unklaren sind, möchten wir doch ein Eingehen auf einen solchen Vorschlag nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Wenn auch für England in diesem Kriege die Russenfrage völlig in den Hintergrund getreten zu sein scheint, so könnten wir doch deutscherseits versuchen, dem seinerzeit in der Denkschrift über die Verhandlungen, betreffend die Neutralisierung des konventionellen Kongobeckens, vertretenen Standpunkt im Interesse der weißen Rasse wieder Geltung zu verschaffen. Voraussetzung dafür würde allerdings sein, daß England mit für uns annehmbaren Bedingungen hervortreten würde.

Die Furcht der italienischen Kriegshetzer vor dem Parlament.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 26. November.

Im „Avanti" zeichnet der sozialistische Abgeordnete Zibordi die Stimmung in parlamentarischen Kreisen mit kurzen, treffenden Strichen. Die Wut der nationalistischen oder revolutionären Kriegshetzer gegen das Parlament sei begreiflich. Was diese nämlich am meisten fürchteten, sei irgendeine Opposition gegen den Krieg. Sie argwöhnten, daß ein guter Teil der Abgeordneten (freilich nur insgeheim, denn öffentlich wagten sie es nicht zu zeigen) zu den Gegnern des Krieges gehört und den Wunsch hegt, der Krieg wäre niemals ausgebrochen oder ließe sich wenigstens so schnell wie möglich auf irgendeine Weise beendigen. „Ist dies", so fährt der Abgeordnete Zibordi fort, „nicht vielleicht der wahre Grund der antiparlamentarischen Tobsucht der Blätter vom Schlage des „Popolo d'Italia", der „Idea Nazionale", des „Messaggero", „Secolo", „Corriere della Sera" „Giornale d'Italia"? Für alle diese Herrschaften ist der aus Sozialisten, Klerikalen und Giolittianern bestehende Teil der Kammer nur ein Haufen gemeinster, idealloser, treubrüchiger Menschen." Zibordi schließt: „Aus dieser albernen Angst vor dem Parlament könnten einsichtige Ausländer den Schluß ziehen, daß das italienische Volk in seiner großen Mehrheit nichts vom Kriege wissen wolle."

Griechenland und die Entente.

London, 25. November. (W. T. B.)

Das Reutersche Bureau meldet: Die Gesandten des Vierverbandes verlangten in Athen keine Demobilisierung, sondern schlugen vor, daß sich in der Zone, in der die Alliierten operierten, keine griechischen Truppen befinden sollen. „Daily Telegraph" schreibt in einem Leitartikel: Das amtliche Dementi der Blockade Griechenlands ist natürlich Wort für Wort richtig; es bestreitet aber nicht, was zu bestreiten unmöglich ist, daß die Ententemächte eine friedliche Blockade über Griechenland verhängten.

Der militärische Mitarbeiter der „Times", Oberst Repington polemisiert erneut gegen die Balkanunternehmungen der Alliierten, wobei er schreibt: Die Stellung des Gegners ist der unsrigen überlegen. Es würde einen enormen Aufwand an Zeit, Truppen und Geld erfordern, die Lage zu unserem Vorteil zu verändern. Wir haben unsere Gelegenheit auf dem Balkan verpaßt. Jetzt lohnt es nicht mehr, die notwendigen Opfer aufzubringen. Der Balkan ist für uns ein Kriegstheater, von dem wir uns am besten fern hielten.

Der französische Heeresbericht.

Französischer Bericht über die Dardanellenkämpfe.

Paris, 26. November.

Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Im Artois und in Lothringen Kämpfe mit Granaten. Im Laufe der Nacht beschoß unsere Artillerie an einigen Stellen der Front wirksam Maschinengewehrstellungen in der Gegend von Frise (im Tal der Somme), in der Gegend von Roye, dem Bahnhof von Beuvraignes und Laucourt. Auf der übrigen Front das gewöhnliche Geschützfeuer.

Amtlicher Bericht von gestern abend: Kein wichtiges Ereignis zu verzeichnen.

Belgischer Bericht: Mit Ausnahme einer kurzen Beschießung von Nordschoote herrscht fast völlige Ruhe an der ganzen Front. Unsere Batterien zersprengten feindliche Gruppen westlich vom Schlosse Vicogne bei Driegrachten und bei Luthyghen.

Orientarmee: Am 23. November hatten unsere Truppen einen Zusammenstoß bei Bruzik östlich von Krivolak mit bulgarischen Kräften. Diese wurden zurückgeschlagen.

Dardanellenarmee: Der Feind zeigt seit einigen Tagen wachsende Tätigkeit. Am 21. machte er nach einer heftigen Beschießung hintereinander drei Angriffsversuche gegen die englische Front, um die am 15. November verlorenen Schützengräben zurückzugewinnen. Seine Anstrengungen scheiterten überall. Er wurde vom englischen Infanterie- und Artilleriefeuer, an das sich die Artillerie und die Maschinengewehre der Franzosen aus dem benachbarten Abschnitt schlossen, dezimiert und ließ zahlreiche Tote auf dem Gelände. Auf beiden Seiten wird der unterirdische Krieg mit derselben Lebhaftigkeit fortgesetzt. Am 21. ließen wir mit Erfolg eine Luftschmine sprengen. Am 22. stießen unsere Sappeure auf einen türkischen Minengang und schlugen die feindlichen Minengräber in die Flucht. Wir legten sofort eine Gegenmine und ließen sie springen, wodurch das feindliche Werk vernichtet wurde. Am 23. November während des ganzen Tages heftiges Gewehrfeuer, Artilleriebeschießung, Bombenkämpfe von türkischer Seite. Die Türken sind wohl mit Munition sehr gut versehen, zeigen sich aber dennoch aufgeregt und von unseren Fliegern beunruhigt, die den Schienenstrang Konstantinopel—Dedeagatsch mit Bomben bewarfen. Wir beschädigten auch feindliche Kunstbauten, durch Monitore und leichte Kriegsschiffe, die häufig die asiatische Küste beschießen. Auf diese Weise sind die Türken unaufhörlich in Atem gehalten und genötigt, uns bedeutende Kräfte entgegenzustellen.

London, 26. November. (Reuter.) Das Handelsamt hat bekanntgegeben, daß die Erlaubnis, Güter an die Diplomaten und Konsulatsbeamten Englands, der verbündeten und neutralen Staaten in den Niederlanden mit Umgehung des niederländischen Ueberseetrutts zu schicken, lediglich bezwecke, diese Amtspersonen instandzusetzen, Waren für den eigenen Gebrauch einzuführen.

Ernst v. Possarts Erinnerungen.

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Engel.

Ein ganz frischer Vierundsiebziger, tritt Ernst v. Possart, der schon manche Theaterschrift und auch ein kleines Drama „Andromache" geschrieben hat, mit einem Buch heraus. Es heißt „Erstrebtes und Erlebtes" und ist heute bei C. H. Mittler u. Sohn erschienen. So entzieht sich auch dieser alte Kenner und Könner nicht der schon zur Pflicht gewordenen Uebung, die jedem Theatermann von Ruf nahelegt, das Album seines weiten und breiten Lebens aufzuschlagen. Man ist so oft kritisiert und beredet worden; nun will man einmal selber sprechen, und wie in einem Brennspiegel sei noch einmal der Glanz der Jahrzehnte gesammelt. Dann ist er für alle Zeiten festgebannt, und ein Dokument ist geschaffen. Wenn es heute nicht mehr wahr ist, daß die Nachwelt dem Mimen den Kranz vorenthält, so liegt das mit an den vielen Schauspielermemoiren, die, weise benutzt, den Theatergeschichtsschreibern und Erneuerern sonst verschollenen Ruhmes so reichen Stoff zuführen.

Ernst v. Possart, der von Hause aus bei aller Liebe zur frei schwebenden Kunst eine gründliche Natur gewesen ist, gibt in der Tat in seinem Buche viel Material. Obschon er sich mit manchem über manches hat herumstreiten müssen und viel angegriffen worden ist, stellt er das Polemische bei weitem nicht so in den Vordergrund wie mancher andere Künstler, der vor ihm Erinnerungen geschrieben hat. Als ein Mann, der schließlich doch immer wieder den Erfolg auf seine Seite zu bringen wußte, spricht er mehr von den positiven Ergebnissen seines Lebens, und da er viel zu klug ist, um sich dem Verdacht der Ruhmredigkeit auszusetzen, hält er sich auch von der Gefallsucht frei, die sonst gelegentlich das Abzeichen solcher Bücher ist. Von den vielen hohen Herrschaften, mit denen ihn Streben und Beruf zusammenführten, spricht er natürlich mit vollkommener Gyrebietung. Seine Klassiker kennt er ebenso natürlich auswendig, und so kommt es, daß er überall in seine Beete noch viele zierliche und bunte Blumen in Form von Zitaten streut.

Possarts Werden als Schauspieler ist beinahe das Typische. Die Fälle sind ja nur sehr selten und erstrecken sich ausschließlich auf die sogenannten „Theaterkinder", daß ein Knabe oder ein Mädchen von Hause aus für den Schauspielerberuf bestimmt wird. Auch Ernst Possart, der Sohn einer guten Berliner Bürgerfamilie, der auch der Maler Felix Possart entsprungen ist, muß erst werden, was er nicht sein will, bis er wird, was er will. Er erzählt von seiner Gymnasiastenzeit auf dem Berliner Friedrichs-Gymnasium, und da er selber davon berichtet, er sei ein unaufmerksamer und verträumter Schüler gewesen, so müssen wir es ihm glauben. Dann soll er Buchhändler werden, und er beginnt diese Laufbahn bis zu dem Tage, wo ein Zufall den Schauspieler Wilhelm Kaiser in das Geschäft seines Prinzipals führt. Da schlägt die Flamme hoch, und aus den Hintergründen des Gefühls tritt die Gewißheit ans Licht, er müsse Schauspieler werden: „Das, das war's, was ungeboren in meinem Innern schlief, das war der unwiderstehliche Drang, hinauszutreten in das Leben, in Tag und Wort, in Bild und Schall! Schauspieler, ja! Verkörpern all die gewaltigen Gestalten, deren Leiden und Jauchzen ich so tief, so mächtig fühlte!"

Ernst Possart war also „erwacht". Wir begleiten ihn nun durch die Schwierigkeiten der Anfänge, in denen er die Mutter als Vertraute fand, und dann blättert das Buch allmählich immer mehr das Dasein eines Schauspielers auf, bei dem zu jenem unwiderstehlichen Drang auch ein ungewöhnliches Maß von Weltgewandtheit hinzutrat. Possart erzählt viel von den Männern und Frauen, die ihm auf seinem Wege entgegentraten, aber er vermeidet das Anekdotische, da es ihm ersichtlich darauf ankommt, ein strenges, wenn auch im Erzählerton gehaltenes Buch zu schreiben, das für jüngere Schauspieler zugleich ein Buch der Belehrung sein soll. Er ist gerade Soldat, als sich sein Schicksal endgültig entscheidet und er in die Laufbahn des Schauspielers einbiegt. Wir sehen ihn dann in Breslau, in Bern und Hamburg, und München greift zum erstenmal nach ihm. Von überaller weiß sein treues Gedächtnis etwas über die Menschen zu sagen, die da oder dort die Spitzen der Kunst bildeten, und in ihrer Beurteilung zeigt sich immer wieder der Mann, der auch am lebendigen Objekt seine Studien machte, der mit großer Ehrfurcht zu den damals Ersten der Kunst aufblickte und dabei selbst mit raschen Schritten auf sein Ziel zuschritt. Er spricht von Theodor Döring, und ein ganzes Kapitel widmet er dem Hoftheater in Meiningen, dessen unvergessener Führer, Herzog Georg, auf ihn wie auf alle den stärksten Eindruck machte. Sehr interessant ist das Kapitel, das sich mit den Separatvorstellungen vor König Ludwig II. beschäftigt. Wenn wir auch nichts wesentlich Neues erfahren, so ist es immer wieder wertvoll, von diesem eigenartigen Nebenkapitel der deutschen Theatergeschichte zu hören. Possart rühmt die strenge Sachlichkeit des einsamen Fürsten, und hebt hervor, daß Ludwig II. niemals empfindlich gewesen sei, so bald ihm jemand überzeugend entgegentreten konnte. Er erzählt dabei auch eine Episode, die den König in sehr charakteristischer Weise beleuchtet. Possart war in dem Dumasschen Schauspiel „Die Jugend Ludwigs XIV." aufgetreten und hatte den Mazarin gespielt, und zwar nach der Angabe des Uebersetzers, im gebrochenen Französisch. Am anderen Tage in der Frühe wurde er zum Hofsekretär ins Schloß beschieden. Der machte ihm Vorwürfe, daß er gegen den Willen des Königs die Rolle nicht hochdeutsch gespielt habe. Dann fährt Possart fort: „An der Tür drehte ich mich noch einmal um: Und den goldenen Becher werde ich nun wohl zurückschicken müssen, nicht wahr, Herr Hofrat?" So hatte also Ludwig II. sich durch das Spiel des Darstellers überzeugen lassen, und noch ehe es die Schranzen wußten seine Anerkennung ausgedrückt. Possart verzeichnet es nicht ohne Vergnügen, daß in dem goldenen Becher auch noch ein Diamantring mit einem großen Rubin in der Mitte gelegen habe.

Das Buch schließt mit einer sehr herzlichen Würdigung des genialen Münchener Musikers Hermann Levi und erwähnt nur erst kurz, daß Possart der Begründer des Münchener Prinzregententheaters gewesen ist. So verlangen die Erinnerungen nach einem zweiten Teil, und ihr Verfasser verspricht ihn, wenn es ihm vergönnt sein sollte, „den heiß erfleehten Frieden noch grüßen zu dürfen". Dann muß er uns aber auch Ausführliches von seiner Beteiligung am Deutschen Theater Adolf L'Arronges erzählen. Das ist der Sohn Berlins den Berlinern schuldig. Wir wissen ja, daß es damals nicht ohne Donner und Blitz abgegangen ist und daß es nicht nur Theaterblitze waren, die damals zwischen den Sozietären hin- und herzuckten.

Theater im Reich. Die Aufführung des Schönherrschen Theaterstückes „Der Weibsteufel" ist auf Anordnung des stellvertretenden kommandierenden Generals des zweiten Armeekorps für den Bereich des zweiten Armeekorps (Pommern) verboten worden. — Die Stadtverordnetenversammlung in Danzig bewilligte die Pachtung des dem Staatsfiskus gehörenden Stadttheaters auf die Zeit von zehn Jahren für jährlich 10 000 Mark und den Ankauf des Fundus zu einem noch abzuschätzenden Preise. — Ein musikalisches Ereignis von Bedeutung war die am Kasseler königlichen Hoftheater stattgefundene Erstaufführung von Verdis komischer Oper „Falstaff", der ein voller Erfolg beschieden war. Die Interpretation durch das Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Dr. Zulauf, wie nicht minder die schauspielerische Darstellung und gesangliche Durchführung war eine künstlerisch abgerundete. — „Das badende Mädchen", Komödie in 3 Akten von Sigmund Neumann, gelangt am 29. November d. J. am Thaliatheater in Hamburg zur Uraufführung. — Das Darmstädter Hoftheater brachte als Festvorstellung anläßlich des Geburtstages des Großherzogs Mozarts „Die Gärtnerin aus Liebe" nach der Bearbeitung von Oskar Bie, unter der musikalischen Leitung von Weingartner, zur Aufführung. Die prächtig inszenierte Vorstellung hatte, wie uns unser Korrespondent telegraphiert, einen starken Erfolg.

Theaterchronik. „Der Herr Kapellmeister" oder „Antonius und Kleopatra", die komische Oper von Ferdinand Paer, gelangt am kommenden Sonntag in der Komischen Oper in einer Festvorstellung zum ersten Male in Berlin zu Gehör. Das Programm bringt außerdem „Bastien und Bastienne", komische Oper von Mozart, sowie einen Konzertteil „Humor aus verschollenen Opern". Der Ertrag wird zur Beschaffung von Weihnachtsgaben für das 2. Garderegiment zu Fuß verwendet.

Die Gilbertsche Operette „Jung muß man sein" gelangt am 3. Dezember in der Komischen Oper zur hundertsten Aufführung.

Verhetzung.

In manchen landwirtschaftlichen Kreisen wird mehr und mehr eine Tonort üblich, die an die erbittertsten Kämpfe in der Caprivizeit oder um den Bülowschen Zolltarif erinnert. Vor uns liegt eine Beilage zur Nr. 275 der „Camminer Kreiszeitung", worin Graf Hans v. Wartensleben-Schwirsen, Generalleutnant z. D., einen Artikel, als Sonderdruck veröffentlichte, dessen erster Teil lautet:

„Ob es wahr ist, weiß ich nicht, aber man sagt, ein weiser Mann habe der Regierung gesagt, „das Schwein sei unser neunter Feind", und da wir keine Kartoffeln hätten, müßte dieser Feind getötet werden. Dem Glauben schenkend, wurden eine Million Schweine ums Leben gebracht. Was dies sagen will, sehen wir heute, überall fehlt das Fleisch, Schmalz usw. Man ging in der Weisheit so weit, daß man glaubte, auch aus den jüngeren Tieren „Dauerware" machen zu können, welche selbstredend meist verdarb. Im ganzen Vaterlande weiß jeder kleine Mann, was sich für Dauerware eignet, von diesen ist niemand gefragt worden, dagegen aber, wie es scheint, nur solche, denen Kenntnis und Erfahrung fehlten. Nachdem sich nun herausstellte, welcher Fehler gemacht worden war, mußte ein Sündenbock gesucht werden, und das ist nun der Landwirt, der falsche Angaben über die Kartoffeln gemacht haben soll.

Hierzu habe ich zu sagen, daß weder ich, noch einer meiner Bekannten gefragt worden ist. Ein jeder von uns hätte der Regierung die gewünschten Angaben machen können, geschweige denn eine größere Anzahl von Besitzern. Ich, der Unterzeichnete, war allein schon in der Lage, der Regierung die gewünschten Angaben über die überreiche Kartoffelernte machen zu können und würde der Regierung den Vorschlag gemacht haben, wie mehrfach in meinen Kreisen ausgesprochen, 1 Million und mehr Schweine in Ungarn zu kaufen, dann würden wir heute keine Not an Schweinen, Schweinefleisch, Schmalz usw. haben. Vielleicht wird man sagen: „jetzt hat er klug reden", da bin ich in der glücklichen Lage nachweisen zu können, ehe diese Million Schweine getötet wurden, bei einem Minister gewesen zu sein und demselben alles vorgestellt zu haben, wie es kommen würde und müsse. Jedenfalls würde jede „weise Frau" dem Vaterlande einen besseren und richtigeren Rat gegeben haben, als 1 Million Schweine abzuschlachten. Alle Landwirte würden sehr dankbar dafür sein zu erfahren, durch wen diese Ermittlungen gemacht worden sind, die uns geradezu an den Pranger stellen. Sollten diese Behauptungen aber noch länger aufrecht erhalten werden, wir hätten falsche Angaben gemacht, dürften wir berechtigt sein, unsere „Ehre" zu verteidigen."

Der Rest des Artikels ist eine, im gleichen Tone gehaltene Polemik gegen die „Friedenspartei um jeden Preis", von der wir, schon aus Rücksichten auf das feindliche Ausland, lieber absehen möchten. Anerkennenswert ist ja, daß der Verfasser für seine Behauptungen mit seinem Namen eintritt. Wenn er aber unbesehen Glauben für die Ueberzeugung verlangt, daß kein Landwirt je falsche Angaben über seine Kartoffelvorräte gemacht, so weist das auf eine Gemütsverfassung in gewissen Kreisen hin, die man nur mit Bedauern feststellen kann. Bedauerlich sind nicht minder aufreizende Andeutungen wie die, man habe nach einem „Sündenbock" gesucht, um gemachte Fehler zu verdecken, und sei dabei auf „den" Landwirt verfallen. Und solche Verhetzungen werden von amtlichen Kreisblättern, wenn auch vorsichtshalber als „Beilage", verbreitet! Uns will scheinen, der Minister des Innern hätte hier allen Anlaß, nach dem Rechten zu sehen, statt durch Beeinflussung der Kreisblätter „künftige Wahlen" vorzubereiten.

Die agrarischen Angriffe gegen Dr. Wendorff.

Wir haben bereits im heutigen Morgenblatt darauf hingewiesen, in wie unanständiger Weise die „Deutsche Tageszeitung" den tatsächlichen Feststellungen des Abgeordneten Dr. Wendorff zu begegnen sucht. Jetzt schreibt auch die „Liberale Correspondenz" zu demselben Thema folgendes:

Heftige Angriffe werden in der „Deutschen Tageszeitung" gegen den Abgeordneten Dr. Wendorff gerichtet, weil er sich erlaubt hatte, im „B. T." die Klagen gewisser seiner Berufsgenossen, der Landwirte, über die gewaltige Steigerung der Produktionskosten der Landwirtschaft auf das richtige Maß zurückzuführen. Er hatte dafür auch Beispiele aus seiner eigenen Wirtschaft angeführt. Diese ruhige, ganz sachliche Darstellung ist den Männern der „Deutschen Tageszeitung" außerordentlich unbequem, und einer der Redakteure, P. B., nebenbei ein Mann ohne jeden Ar und Halm, suchte Wendorff in langen Artikeln zu widerlegen und stellt „Zeugnisse" von Mitgliedern des Bundes der Landwirte zusammen, die Wendorffs Angaben vernichten sollen. Dabei scheut man sich nicht, die Wendorffsche Wirtschaft, die einen anerkannten Ruf genießt, herunterzusetzen. Ein angeblicher Nachbar schreibt: „Die Wirtschaft des Herrn Dr. Wendorff ist in hiesiger Gegend wohl am schlechtesten in Ordnung. Wenn wir in Deutschland viele solche Landwirte hätten, wären wir längst verhungert." Und zum Schluß heißt es: „Sein (Wendorffs) Beamter ist übrigens eingezogen, und er selber hat wohl keine Ahnung."

Das ist der Ton, der gegenüber einem hervorragendem Landwirte angeschlagen wird, der sich die Freiheit nimmt, in den Fragen seines eigenen Berufes die Gesichtspunkte des Allgemeininteresses nicht aus dem Auge zu lassen, und der sich fernhält von den übertriebenen Klagen und Beschwerden anderer landwirtschaftlicher Interessenten. Diese Art der Polemik auch während des Burgfriedens ist zu bezeichnend, als daß sie nicht wenigstens hier gebührend festgestellt werden sollte.

Die englischen U-Boote in der Ostsee.

Die „Blockade" Englands gegen Deutschland. — Erz aus dem besetzten Frankreich. — Holz aus Rußland.

Es ist den Engländern aus verschiedenen Gründen im Augenblick erwünscht, die Tätigkeit ihrer U-Boote in der Ostsee als möglichst wirksam hinzustellen. Erstens will man durch eine derartige Darstellung den Anschein erwecken, als ob die Blockade Englands gegen Deutschland, um einen Ausdruck des „Economist" zu gebrauchen, „viel effektiver" geworden sei, eine Wirkung, die gerade im Hinblick auf die zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika im Augenblick schwebenden Fragen den Engländern besonders erwünscht wäre. Zweitens aber versucht man, wirtschaftliche Erfolge englischer U-Boote in der Ostsee zu konstruieren, um dadurch das englische Publikum von den Sorgen über die eigene Zufuhr abzulenken, welche in der letzten Zeit infolge der Schwierigkeiten auf dem Frachtenmarkte immer beängstigender geworden sind.

Der „Economist" vom 6. November 1915 erzählt seinen Lesern, wie durch die Tätigkeit englischer Unterseeboote in der Ostsee Deutschland von dem Bezuge schwedischen Eisenerzes und Holzes abgeschnitten sei. „Für Deutschland", so schreibt das Fachblatt, „ist dieser Stillstand überaus ernst." Es wird dann den englischen Lesern erzählt, daß die schwedische Eisenerzeinfuhr nach Deutschland ein Drittel der deutschen Eisenerzeinfuhr überhaupt ausmache, was angesichts des Fortfalls der Einfuhr aus anderen, sonst nach Deutschland Eisenerz exportierenden Ländern sehr erheblich ins Gewicht falle. Dabei wird geflissentlich von dem „Economist" verschwiegen, daß die Eisenerzeinfuhr in Deutschland im Vergleich zu der heimischen Produktion durchaus nicht jene Rolle spielt, wie es nach dem „Economist" den Anschein haben muß. Im Jahre 1912 wurden in Deutschland 32,6 Millionen Tonnen Eisenerz gewonnen, dagegen nur 12,1 Millionen Tonnen Eisenerz eingeführt. Von diesen 12,1 Millionen Tonnen Eisenerz aber stammten nur 3,8 Millionen Tonnen aus Schweden, dagegen 2,6 Millionen Tonnen aus Frankreich, und zwar aus Gebieten, deren Eisenerzlager wir jetzt zum größten Teil in festen Händen haben. Dazu führte Deutschland 2,3 Millionen Tonnen Eisenerz aus. Die Einfuhr von Eisenerz aus den wichtigsten nach Deutschland exportierenden Ländern, Schweden und Spanien, betrug im ganzen 7,5 Millionen Tonnen, also den zirka vierten Teil der heimischen Produktion; die Einfuhr aus Schweden mit 3,8 Millionen Tonnen betrug knapp den achten Teil der heimischen Produktion, und wenn man nun bedenkt, daß von jenen Eisenerzexporten Schwedens nach Deutschland im besten Falle nur ein kleiner Bruchteil durch die englischen Unterseeboote unterbunden wird, so wird man sich ohne weiteres der Bedeutungslosigkeit dieser von England als wirtschaftlicher Erfolg gekennzeichneten Wirksamkeit seiner U-Boote klar. Es mag wohl richtig sein, daß eine eventuelle Unterbindung der schwedischen Eisenerzzufuhr der deutschen Industrie, soweit sie diese oder jene Qualität besonders bevorzugt, nicht gerade angenehm sein würde, dagegen eine Wirkung selbst des Fortfalls dieser Zufuhr auf das Gros der deutschen Eisenindustrie kann nicht in Frage kommen. Erst recht kann eine solche Wirkung nicht bezüglich der schwedischen Holzeinfuhr konstruiert werden. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich vom Jahre 1915 kam Schweden als Holzlieferant für Deutschland im Jahre 1913 nur mit 3,4 Millionen Mark beschlagenem Nadelholz und 30,9 Millionen Mark längs gesägtem Nadelholz in Frage. Dieses zu entbehren, würde uns, wenn überhaupt dieser Fall eintrete, bei dem im Kriege verminderten Holzbedarf durchaus nicht sonderlich treffen. Im übrigen hat ja neuerdings durch die Organisation der deutschen Verwaltung russischer Forsten die Versorgung unseres Holzmarktes während des Krieges eine erfreuliche Erweiterung erfahren. Daß aber England gerade die Eisenerz- und Holzfrage im Anschluß an kriegswirtschaftliche Betrachtungen zur Sprache bringt, erscheint um so verwunderlicher, als kein Land so sehr wie England durch die erschwerte Zufuhr dieser beiden Artikel gelitten hat. Die englische Industrie ist in weit stärkerem Maße als die deutsche an der Einfuhr von Eisenerz interessiert. Schon im Jahre 1907 stammten 83 Prozent der britischen Roheisenerzeugung aus fremdländischen Erzen, ein Prozentsatz, der sich seitdem zweifellos beträchtlich erhöht hat. Nun haben gerade auch die Preise für englisches und ausländisches Eisenerz in Großbritannien auf Grund der allgemeinen Schwierigkeiten und Störungen des Seeverkehrs außerordentlich angezogen.

Noch weniger günstig liegen die Verhältnisse auf dem englischen Holzmarkt. Es ist ja bekannt, daß gerade die Einfuhr des für England so wichtigen Grubenholzes außerordentlich unter unserer U-Boot-Tätigkeit gelitten hat. Nach dem „Economist" vom 9. Oktober 1915 waren in den neun Monaten, welche Ende September abschlossen, im Jahre 1914 1,9 Millionen Ladungen (Loads) Grubenholz in England eingeführt worden, in demselben Zeitraum des Jahres 1915 nur 1,6 Millionen, während der Wert dieser verringerten Einfuhr von 2,3 Millionen Pfund Sterling auf 3,1 Millionen Pfund Sterling gestiegen war. So machte allein der Wert dieser Einfuhr in nur neun Monaten weit mehr aus als der Wert der oben angegebenen schwedischen Holzeinfuhr nach Deutschland im Jahre 1913. Dazu kommt, daß die übrige Holzeinfuhr Großbritanniens in ähnlicher Weise gelitten hat. Die Gesamtholzeinfuhr Großbritanniens ist in dem genannten Zeitraum von 5,5 Millionen Ladungen auf 5,1 Millionen Ladungen zurückgegangen, während der Wert dieser Einfuhr sich von 14,7 auf 19,9 Millionen Pfund Sterling, also von zirka 300 auf zirka 400 Millionen Mark erhöhte.

Angesichts dieser Tatsachen haben die Engländer sicherlich keinen Grund, sich mit der deutschen Eisenerz- und Holzversorgung so angelegentlich zu beschäftigen; wenn sie sich nämlich die Mühe machen wollten, ihre eigenen Verhältnisse in der Versorgung mit diesen Gütern mit den unsrigen zu vergleichen, so würde die unberechtigte Freude an ihren „U-Boot-Erfolgen in der Ostsee" ohne weiteres durch die Sorge um ihre eigene Wareneinfuhr gedämpft werden.

Schwerverwundeten-Austausch zwischen Deutschland und England.

(Telegramm.)

Vlissingen, 25. November. (W. T. B.)

Am 6. und 7. Dezember wird wieder ein Austausch von verwundeten deutschen und englischen Kriegsgefangenen über Vlissingen stattfinden.

Die neuen Verordnungen des Bundesrats.

Die gestern vom Bundesrat beschlossenen Verordnungen liegen jetzt im Wortlaut vor. Danach ist die Durchfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen über die Grenzen des Deutschen Reichs bis auf weiteres verboten. Der Reichskanzler wird ein Verzeichnis der Gegenstände veröffentlichen, deren Durchfuhr verboten ist. Er ist ermächtigt, Ausnahmen zu gestatten und die etwa erforderlichen Sicherungsmaßregeln zu treffen.

Ferner kann der Reichskanzler den Verkehr mit Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation, die aus dem Ausland eingeführt werden, regeln. Insbesondere kann er anordnen, daß diese Erzeugnisse an die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft in Berlin zu liefern sind. Er setzt die Bedingungen und Preise für die Lieferung und den weiteren Absatz fest. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft werden.

Das bayerische Ministerium des Aeußern hat der Kammer den Entwurf eines **Kriegsknappschaftsgesetzes** vorgelegt. Der Entwurf, dessen Bestimmungen im wesentlichen dem preußischen Kriegsknappschaftsgesetz entsprechen, will dafür sorgen, daß die Mitglieder der bayerischen Knappschaftsvereine durch ihre Teilnahme am Kriege in ihren Ansprüchen und Anwartschaften an ihre Vereine nicht benachteiligt werden.

„Ein Schauspiel von 1914."

F. L. „Der Deutsche von Bayoncourt", ein „Schauspiel von 1914 in 2 Aufzügen", das der Verfasser Adam Kuckhoff am Donnerstag in der Lessing-Gesellschaft vorlas, ist aus dem Stoff der Zeit gestaltet. Wenn es in der gegenwärtigen Fassung auch nicht abgerundet und ausgereift anmutet, so machen doch die unbestreitbar künstlerische Absicht des Verfassers und sein starkes Wollen es zur Pflicht und Freude, die Aufmerksamkeit auf das Werk hinzulenken.

Der Deutsche von Bayoncourt ist äußerlich und anscheinend auch innerlich Franzose geworden. Dreiundzwanzig Jahre hat er seinen Hof, seit langer Zeit ist er auch naturalisiert und hat es „schwarz auf weiß", daß er ein Franzose ist. In Wahrheit ist er aber nur insoweit „Franzose", wie er mit seinem Hofe, der von ihm bearbeiteten, gesichertes Dasein und neue Heimat gebenden Scholle auf französischem Boden, verwachsen ist. Seine Frau ist eine deutschenhassende Stockfranzösin gewesen. Seine Kinder sind durch und durch französisch. Sein Sohn kämpft für Frankreich. Der Vater beteuert sich und anderen mit lauten Worten sein Franzosentum und ist unglücklich, untröstlich, zornig, daß bei ihm eine Haussuchung wegen Spionageverdachtes stattfindet. Seine Selbstprüfung bringt ihm aber die Gewißheit, daß er Deutschland als sein Mutter- und Kinder-Land nicht vergessen kann; auch als Vaterland steht es wieder in ihm auf. Die Liebe zu Hof und neuem Heim, der um Besitz und Kinder besorgte Vater ringen in ihm mit dem Deutschen. Im entscheidenden Augenblick siegt der Deutsche; er versteckt eine abgeschnittene deutsche Ulanenpatrouille vor ihren Verfolgern. Diese entdecken das Versteck, der Hofbesitzer steht als Landesverräter da und wird von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt.

Das ist Stoff und Anlaß in Fülle für ein großes Zeitdrama. Kuckhoff hat es beabsichtigt, er bietet aber nicht viel mehr als eine dramatische Episode. Das Zeitgeschehen klingt nur äußerlich mit seinem Schlachtenlärm hinein. Der Hauptfehler des Werkes auch als dramatische Episode ist die inhaltlich vollständige Wiederholung des ersten Aufzuges im zweiten Aufzuge. Dieser ist nichts anderes und bringt nicht weiter als der erste Aufzug; er spielt nur in einem anderen Milieu. Der zweite Aufzug freilich, die kriegsgerichtliche Verhandlung, ist, für sich betrachtet, so gut gelungen und von so unbedingter Eindruckswucht, daß man den Verfasser wohl versteht, wenn er darauf nicht verzichtete. Er müßte ihn dennoch mit dem ersten Aufzug, der stellenweise nur dialogisierte Abhandlung oder Novellette ist und eine starke Kürzung unbedingt erfordert, verschmelzen, wenn er ein einheitliches Ganzes gewinnen will. Dabei könnte er die auffallende Unwahrscheinlichkeit ausschalten, daß eine deutsche Patrouille, nachdem sie sich am hellen Tage den eifrigen Nachforschungen des Feindes schon mit Geschick entzogen hatte, nach Einbruch der Dunkelheit alles aufs Spiel setzt dadurch, daß sie auf einem französischen Bauernhofe einige Stunden Unterkunft sucht. Mit diesem unmotivierten Vorgehen der Patrouille ist aber der Verlauf des Spiels eng verknüpft. Der vom Verfasser gezeichnete Fall ist sicher während des ganzen Feldzuges noch nicht dagewesen; jede Patrouille hätte vielleicht in höchster Not am Tage einen so verzweifelten Plan verfolgt; den Schutz der Dunkelheit hätte sie unter allen Umständen zum Durchschlagen benutzt.

Wenn der Verfasser mit fester Hand sein Werk überarbeitet, wird man es auf der Bühne als handlungsreifes, echtes Zeitdrama mit zweifellos starker Wirkung begrüßen können.

⊙ **Abende moderner Literatur** werden von Erik Blydt und Elsbeth Bruck veranstaltet. Der erste Vortragsabend (sieben sollen ihm folgen) am 25. November in der Porträtausstellung, Hotel Cumberland, war von einem kleinen, vornehmen Publikum besucht. In einem kalten Dachatelier, umringt von Soldatenbildern, Kinderköpfchen und teils gut, teils weniger gut gemalten Frauengestalten lasen Mechtild Lichnowsky, Karl Hauptmann und Mary Dietrich. Die herben Verse von Mechtild Lichnowsky allein ertrugen diesen harten Raum, dessen Kälte die Caléschen Gedichte erbarmungslos erstarren ließ. In einem dem Stil des Erlebten, Gedachten und Geformten völlig entsprechenden Tone las die Fürstin Lichnowsky ihren „Letzten Traum des Traurigen". Vergeistigte Qualen eines sterbenden Fürsten, eines Halbgottes, eisenstarr und kristallhart in eine statuarische Lyrik gegossen, die uns daran gemahnt, daß jene Dichterin uns vor die altägyptische Plastik führte. Wo sich unter dieser Wucht des Objektiven eine blutvolle subjektive Empfindung überhaupt noch erheben kann, da geschieht es mit der leisen Geste absoluter Resignation: das Einzelschicksal des persönlichen Ich geht auf in dem Bau einer großen, überpersönlichen Macht. „Weiße Fensterkreuze leuchten" brachten diesen Klang moderner Lyrik am klarsten zu Bewußtsein.

Mit hier bereits einmal gerühmter Meisterschaft las Karl Hauptmann den ersten Akt einer noch ungedruckten, grotesken Zirkustragödie. In knappem, schwerblütigem Dialoge, mit seiner bekannten Epik der Regievorschriften, gab uns der Dichter das Spiel zwischen einem grotesk-idealistischen Clown und einer von Herzenswundheit zu Dornengesinnung schwankenden Seiltänzerin, deren Goldgier zu dämonenhafter Gier vertieft ist. Es scheint sich um ein Drama reiner Triebhaftigkeit zu handeln. Mary Dietrich fiel die schwere Aufgabe zu, aus der bunten, lauten Zirkusszene in die stille Welt des frühvollendeten Calé zurückzuführen. Wohlgemeinte biographische Einleitungen sind dazu am wenigsten geeignet. Man lasse sofort dem Dichter selbst das Wort. Wo es sich darum handelte, die zarten Sänge der Caléschen Tiefeinsamkeit zu sprechen, wurde die Künstlerin ihrer Aufgabe gerecht. So in dem schönen „Zwiegespräch" oder in „Beatrix spricht". Der Tod aber machte den Einsamen zum Helden, da darf nichts sentimental zerdehnt werden. Wer Calé, oder auch einen seiner frühen Gefährten — Heym, Stadler, Adrian — kannte, der wird nicht zugeben, daß man die Bekenntnisworte „Mir ist sehr froh zumut" traurig leise verhallen läßt.

Geheimrat Clemen über den Zustand der Kunstdenkmäler an der Westfront. Geheimrat Professor Dr. Paul Clemen, der Bonner Kunstgelehrte, der im Auftrage der deutschen Heeresleitung auf langen Studienreisen den Zustand der Kunstdenkmäler in Belgien und Frankreich untersucht und Maßregeln zu ihrem Schutze getroffen hat, wird jetzt über das Ergebnis dieser Untersuchungen in einer größeren Arbeit Bericht erstatten. Sie erhält angesichts der Verdächtigungen, die gerade diese Frage bei unseren Feinden veranlaßt hat, dokumentarischen Wert.

Dem Gubener Stadtmuseum sind aus dem Nachlaß des Geheimrats Wagener Autographen Kaiser Wilhelms I. an den Reichskanzler v. Bismarck aus dem Jahre 1872 und ein Originalbrief Bismarcks an Rat Wagener, aus Varzin datiert, zum Geschenk gemacht. Außerdem ist dem Museum die auf Veranlassung des verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Wilke-Guben durch den kostümkundigen Professor August v. Heyden zusammengestellte und auf Grund von Vorbildern in Büchern, Denkmälern, Münzen und Gemälden angefertigte geschichtliche Hutsammlung von dem Jahre 1400 an einverleibt worden.

Eine 85jährige Kammervirtuosin auf dem Podium. Aus Dresden schreibt uns unser Korrespondent: Die 85jährige Kammervirtuosin Marie Wieck, eine Schwester von Klara Schumann, wird in einem Schumann-Abend des Dresdener Philharmonischen Orchesters am 4. Dezember mitwirken.

Wissenschaftliche Nachrichten. Die badische Regierung hat Geheimrat Professor Dr. Anschütz aufgefordert, die schon früher von ihm bekleidete Professur für öffentliches Recht an der Universität Heidelberg, die kürzlich frei geworden ist, wieder zu übernehmen. Professor Anschütz wird diesem Ruf auch Folge leisten. — An Stelle des verstorbenen Professors Czermak erhielt Professor Dr. Stanislaus Krzyzanowski-Krakau die Professur für polnische Geschichte an der Krakauer Jagellonen-Universität. Oberbürgermeister Calsow wurde anläßlich der Wiederkehr des Tages, an welchem er vor 25 Jahren in die Verwaltung der Stadt Göttingen eintrat, von der medizinischen Fakultät der Universität Göttingen zum Doktor ehrenhalber promoviert. — Von auswärtigen Professoren ernannte der Warschauer Generalgouverneur zu Protektoren Dr. v. Kowalski-Freyburg für die Universität und Dr. v. Braun-Breslau für die Technische Hochschule. — Gymnasialprofessor Dr. Lisiecki-Gnesen ist an die Universität Warschau berufen. — Die Universität Bern ernannte Dr. jur. Emil Welti für seine geschichtlichen Arbeiten zum Ehrendoktor der Philosophie. — Auch die Königsberger Handelsschule wird Kurse in türkischer Sprache einrichten. An der Universität wird bereits seit Beginn des laufenden Winterhalbjahres die neutürkische Sprache von dem Orientalisten Professor Schwally gelehrt. — Im Winterhalbjahr 1915/16 stellt sich die Besuchsziffer der Technischen Hochschule in Hannover auf 572. Als beurlaubt gelten 871 Studierende, die am Heeres- und Sanitätsdienst teilnehmen.

Die Zerstreuung der Serben und die Hilfstruppen.

Von [Nachdruck verboten.]

Major a. D. E. Moraht.

Die Serben sind mit den ihnen verbliebenen Hauptkräften längs der Straße Mitrovica—Ipek und auf den Bergpfaden Pristina—Ipek und Pristina—Djakova im Rückzug auf montenegrinisches Gebiet. Vor Mitrovica wurde nur kurze Zeit gekämpft. Vor Pristina sind die Bulgaren zehn Tage lang, vom 13. bis 23. November, aufgehalten worden und haben ernste Kämpfe erleben müssen. Und doch hätte der Widerstand der serbischen Hauptmacht, die ursprünglich aus zwei, später, nach dem bulgarischen Vorrücken, aus drei Armeen bestand, vor Mitrovica im Gebiet des Ibar und vor Pristina, im Gebiet des Labflusses, ernsthafter sein können. Die noch vorhandenen serbischen Massen waren durch die siegreichen Verfolger zu taktisch enger Verbindung miteinander gebracht. In energischer Hand vereinigt, hätten sie den Siegern wohl noch längeren Aufenthalt bereiten können, wie es der englische Generalstab dringend wünschte, obwohl einfachste Berechnung ihn zur Ueberzeugung hätte bringen müssen, daß die Verzögerung unserer Besitzergreifung des Amselfeldes an dem schließlichen Schicksal Serbiens nichts mehr ändern konnte. Aber für die Möglichkeit energischer Abwehr fehlte den Serben das höchste Gut eines im Rückzug begriffenen Heeres, der feste Zusammenhalt. Die sechs Wochen Kampf haben das Serbenheer moralisch haltlos gemacht, und wo es ernst den Kampf hätte annehmen können, im Raum zwischen Kolubara und Morava, ließ die Führung es aus staatspolitischen Gründen zerflattern, immer weiter nach Süden. Wenn aber stärkerer Widerstand in den Absichten der Führung zu liegen schien, wie im Raume Kragujevac—Milanovac, machten umfassende Operationen der nördlichen und flankierende der östlichen Angreifer die Durchführung der Kämpfe zunichte. Es scheint, als ob das jedesmalige Aufraffen des alten, tüchtigen und verschlagenen Oberfeldherrn, des Wojwoden Putnik, durch den bösen Geist des serbischen Hauptquartiers, die englische Bevormundung, gelähmt sei. England dachte an sich, also an die Erhaltung des Heeres für später, und noch heute narrt es die Reste der serbischen Kriegsmacht und lockt sie über Albanien nach Griechenland, um sie als Söldner in Dienst nehmen zu können. So wurden auch am Amselfeld aus den erwarteten Entscheidungskämpfen nur Nachhutgefechte.

Wir haben dort, ohne die bulgarische Beute zu rechnen, 17 000 Gefangene gemacht und begegnen in einigen Berichten der ortsanwesenden Korrespondenten einer glaubhaften Erklärung für die serbische Nachhut- und Rückzugstaktik. Unter dem Einfluß der Entente ließ Putnik das dritte und wohl auch teilweise das zweite Aufgebot des Heeres aus der bisherigen Kriegsgliederung ausscheiden, übertrug diesen minderwertigen Truppen den Schutz für den Rückzug des wertvollsten ersten Aufgebots, welches in besonderen Divisionen zusammengefaßt wurde. Während diese nach Süden zogen, waren die minderwertigen Nachhuten dem Kampf nur für kurze Zeit gewachsen. Aber diese Zeit genügte, da die ungeheuren Schwierigkeiten der Verfolgung den Angreifer hemmten. Betrachtet man diese Quellen als zuverlässig, so hat sich während der Flucht des serbischen Heeres seine Umgruppierung vollzogen, ein seltenes Kunststück, zu dessen Anordnung robuste Gewissenlosigkeit gegenüber den Nachhuten gehört. Zweifelhaft bleibt es, ob die einstweilen „geretteten" wertvolleren Heeresteile der Serben ihren inneren Halt wiedergewinnen werden. Fehlt es ihnen doch an vielem, woran die Mannszucht sich aufrichten könnte. Die Dynastie ist ungeliebt, die führenden Politiker sind der breiten Masse des Volkes fremd, an den siegreichen Feldherrn glaubt man nicht mehr, und ehrliche, starke Verbündete besitzt man nicht. Die Kriegsgeschichte kennt wenig Beispiele festen Zusammenhaltens der Mannszucht nach einem Zusammenbruch. Eines will ich anführen. Vom 29. Oktober bis 5. November 1806 hatte Blüchers kleines Heer in fortwährendem Rückzug und unter hartnäckigen Nachhutkämpfen über 200 Kilometer, etwa ebensoviel wie jetzt die Serben, durchmessen. Diese rückgängige Bewegung war unmittelbar aus der allgemeinen Zersetzung der preußischen Armee an der Saale hervorgegangen, wo Napoleon ihr vernichtende Schläge beigebracht hatte. Die Zerrüttung der Armee griff aber nicht über auf Blüchers Truppen, obgleich der siegreiche Feind sie von Thüringen her vor sich her jagte. In Freytag-Loringhovens Werk „Die Heerführung Napoleons" wird die Tüchtigkeit der Blücherschen Truppen hervorgehoben und hinzugefügt: „Die Leistungen des Feindes (des napoleonischen Heeres) sind aber ebenfalls in ihrer Art einzig, sie bilden eine Verfolgung, die ohnegleichen da steht in der Kriegsgeschichte." In unserem Weltkriege dürften die beiden großen Verfolgungen, diejenige gegen die Russen in Galizien und Polen und daneben die serbische, als gleichwertig neben jene historische Verfolgung treten. Später wird offenbar werden, daß unsere Verfolgung der Serben die größere Leistung darstellt, was die Ertragung von Strapazen für die Truppen anlangt, denn die operativen, örtlichen und klimatischen Verhältnisse ließen alle erdenklichen Schwierigkeiten zusammenkommen.

Unsere Gesamtbeute beträgt nach den bis jetzt vorliegenden amtlichen Berichten der drei Generalstäbe seit Beginn des Kampfes 136 070 Gefangene, 626 Geschütze und 58 Maschinengewehre. Die meisten Maschinengewehre werden, weil tragbar, durch die Flüchtenden in Sicherheit gebracht sein. Die Gefangenenzahl bedeutet etwa ein Drittel der gesamnten Streitmacht Serbiens, wobei wir beachten müssen, daß die junge, unausgebildete Mannschaft, Siebzehn- und Achtzehnjährige, auf der Flucht mitgeführt wurde und mit eingerechnet ist. Ein weiteres Drittel ist als verwundet, gefallen und desertiert anzusehen. Vom letzten Drittel kämpfen als serbische Südarmee im Raume von Monastir etwa 25 000 Mann. Entschlüpft nach Albanien und Montenegro sind demnach höchstens 75 000 Mann, eine Zahl, welche sich in den nächsten Verfolgungstagen wohl noch erheblich verkleinern wird. Die serbische Armee kann also als zerstreut bezeichnet werden, aber ihr Auftreten als Räuberbanden müssen wir demnächst erwarten. Nach einer Erholung auf befreundetem Gebiet und nach Neuausrüstung durch Italien, England und Frankreich stehen die „geretteten" serbischen Divisionen vor der Frage, ob sie sich mit Einfällen in den Sandschak und Südmazedonien während des Winters begnügen, oder wie im Westen die belgische Armee, als besiegtes und nicht geachtetes Söldnerheer nach einem Marsch durch Albanien und griechisches Gebiet in die Dienste Englands treten wollen. Die Maßnahmen der Mittemächte und der Bulgaren diesen Möglichkeiten gegenüber lassen sich jetzt nicht erörtern.

Die Entscheidung über die bei Monastir konzentrierte, am Babunapaß geschlagene kleine serbische Armee ist von den Bulgaren nach ihrer Einnahme von Prilep nicht unmittelbar gesucht. Im Ausland wünscht man Gründe dafür. Sie ergeben sich aus den Nachrichten, welche die feindliche Presse selbst brachte, aus der Umgruppierung der bulgarischen Armee. Ueber das Ziel derselben können die Feinde nicht im unklaren sein. General Bodjajew hat Berichterstattern gegenüber klar ausgesprochen, daß er hoffe, „bald ohne große Kraftäußerung auch mit den Ententetruppen fertig zu werden." Diese Hoffnung ist nach jeder Richtung hin berechtigt. General Sarrail klagte dem Vertreter der italienischen „Stampa" gegenüber, daß sein schwaches Heer auf achtzig Kilometer Frontlänge auseinandergezogen sei und eine einzige angreifende Division der Bulgaren es durchbrechen könne. Als Kriegserfahrung kann der französische Führer buchen: das Fortwerfen von Gewehren und Ausrüstung durch seine französischen Truppen beim Rückzuge, und General Monroe, der Führer des englischen Teilchens der Hilfstruppen, kann von einem meuternden Regiment erzählen, dem Unterkunft und Verpflegung zu minderwertig waren. Man mußte es nach Aegypten abschieben. Und der „erstklassige" Generalstab Englands hat die Erfahrung gemacht, daß weder Sarrail noch Monroe die Befehle Lord Kitcheners ausführen, weil die bulgarischen Operationen „zu eilig" vor sich gehen. Dazu kommt berechtigter Zorn der Franzosen auf die meist unsichtbaren Engländer.

Kann man da wirklich der englisch-französischen Expeditionsarmee, selbst wenn Italien zum Betreten des unter schlechtem Wetter leidenden Kriegsschauplatzes sich entschließt, ein langes Leben zutrauen? Meines Erachtens bestimmen eher die Bulgaren, als der englische Generalstab die Existenzfrist und die „Times" haben völlig recht gehabt, als sie am 21. November aus Monastir berichteten: „Die Ententetruppen haben keinen Augenblick auf den Lauf der Ereignisse Einfluß von einiger Bedeutung auszuüben vermocht." Um seinen Entschluß zu erleichtern, wollen wir den Feind erinnern, daß die Heeresleitungen der verbündeten Angreifer weit davon entfernt sind, sich mit halber Arbeit zu begnügen. Halbe Arbeit ist halber Erfolg. Dafür haben wir unser kostbares Blut nicht vergossen. So sicher wie wir Serbien zerschlagen haben, wird der Angriff auf die englisch-französischen Hilfsvölker erfolgen. Angesichts der bevorstehenden kritischen Tage ist Lord Kitchener zu Schiff nach Aegypten gefahren, was er zurückließ, ist keine klare Lage. Wir haben oft betont, daß wir die für Griechenland geschaffene Schwierigkeit verstehen und daß wir nicht erwartet haben, daß das griechische Heer mit fliegenden Fahnen zu den Siegern übergehen und die ungebetenen Gäste angreifen wird. Der Vierverband wünschte zunächst Griechenland als Bundesgenossen, dann als Angreifer an der Seite Serbiens, dann die Abrüstung des Heeres. Diese Forderungen hat der bedrängte König nicht zugestanden. Die Entente muß sich begnügen mit der Zusicherung, daß ihren Truppen das Entschlüpfen gestattet wird. Zweifelhaft bleibt Griechenlands Haltung beim Uebertritt serbischer Truppen über seine Grenze, und die größte Schwierigkeit wird entstehen, wenn es serbischen Truppen gelingt, die Verbindung mit der englisch-französischen Hilfsarmee aufzunehmen und mit ihr vermengt neutralen Boden zu betreten. Wir können die Lösung dieser Frage der Zukunft überlassen.

Heeresverwaltung und Ausrüstungsindustrie.

Zuvielerzeugung im Ledergewerbe. — Opfer gewissenloser Zwischenhändler.

Hinsichtlich der Uebernahme der in Handel und Gewerbe vorhandenen Vorräte an Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken durch die Heeresverwaltung ist dem Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen eine im Sinne nachstehender Ausführungen gehaltene, die Entschließungen der Heeresverwaltung wiedergebende Antwort zugegangen:

Der in den ersten Kriegsmonaten eingetretene überaus große Bedarf des Heeres an Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken zwang zu den umfangreichsten Bestellungen und auch zur Ermunterung der einschlägigen Industrie, sich auf Herstellung in größerem Maßstabe einzurichten. Wie lange dieser Bedarf anhalten würde, ließ sich natürlich nicht übersehen. Doch mußte sich einmal der Zeitpunkt einstellen, wo er nachließ. Infolgedessen verfügen zahlreiche Kreise noch über erhebliche Vorräte, die ohne Auftrag auf Lieferung in Erwartung etwaigen Absatzes gefertigt oder aufgekauft sind. Zur Uebernahme dieser Vorräte besteht in der Regel keinerlei Verpflichtung. Nichtsdestoweniger gehen fortgesetzt Gesuche ein, die den Ankauf der vorrätigen Bestände nahelegen. Mitunter geschieht dies mit dem Hinweis darauf, daß die Uebernahme der fertigen Waren eine Ersparnis an den zu ihrer Herstellung in Betracht kommenden Rohstoffen bedeute.

Die Heeresverwaltung hat mit Rücksicht auf diese Ersuchen mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß an dem Grundsatz, unmittelbar vom Selbsthersteller zu kaufen, auch weiter festgehalten werde. Dagegen liegen im Bedarfsfalle keine Bedenken gegen den Ankauf der vorhandenen Vorräte vor, wenn diese für Heereszwecke brauchbar und zu angemessenen Preisen zu haben sind.

Eine Zuvielerzeugung ist insbesondere im Lederausrüstungsgewerbe zu verzeichnen. Hier hat der Bedarf derart nachgelassen, daß die Heeresverwaltung nicht einmal mehr in der Lage war, den im Kriegslederausrüstungsverband vereinigten Betrieben die ihnen erwünschten Aufträge zu erteilen. Denn eine Verteilung der Aufträge auf die zahlreichen Mitglieder — zum Schluß nahezu 1000 — wäre für diese nicht mehr lohnend, ja der Betriebsunkosten wegen geradezu schädigend gewesen, da der Auftrag des einzelnen nur ganz geringfügig hätte ausfallen können. Der Verband hatte seinen Zweck, über den großen Bedarf hinweggeholfen, erfüllt und wurde deshalb am 31. Oktober 1915 aufgelöst. Das Bekleidungsbeschaffungsamt konnte sich auf einen kleineren Kreis von Herstellern beschränken. Selbstredend schieden zunächst alle dem Geschäftszweige fernerstehenden Betriebe aus, sofern nach ihren bisherigen Leistungen von einer Weiterbeschäftigung nicht Vorteile für die Heeresverwaltung zu erwarten waren.

Wenn Firmen, wie geschehen lediglich in spekulativer Absicht, ohne Aufträge erhalten zu haben, fertigten oder gar kauften, so können sie sich nachher nicht beklagen, daß sie sitzen gelassen sind. Viele Firmen sind auf diese Weise Opfer gewissenloser Zwischenhändler geworden, die einfach daraufhin bestellt haben, in der Hoffnung, daß sie die Sachen schon unterbringen würden. Bei den langfristigen Aufträgen, die von den Bekleidungsämtern in den ersten Kriegsmonaten im Drange der Not erteilt waren, mag ihnen das zunächst auch hier und da geglückt sein. Als diese Aufträge aber erledigt waren und das Bekleidungsbeschaffungsamt dem Zwischenhändlertum ein Ende bereitete, mußte der Rückschlag eintreten.

Durchaus unbillig wäre es, wenn die jetzt noch in den Lägern befindlichen, zum größten Teil auch unvorschriftsmäßigen Stücke diesen Leuten zu Gefallen aufgekauft und der Bedarf nur damit gedeckt würde. Denn dies könnte nur auf Kosten der reellen Industrie geschehen, die dann aber auf das empfindlichste geschädigt würde. Wo die Heeresverwaltung durch Abnahmen helfen kann, geschieht das in begründet erscheinenden Fällen auch jetzt noch. Der Ankauf aller im Handel und Gewerbe vorhandenen Bestände an fertiger und halbfertiger Ware sowie aller Rohmaterialien läßt sich aber nicht durchführen. Um zu verhindern, daß nicht sofort weiter auf Vorrat gearbeitet wird, was unzweifelhaft mit Hochdruck geschehen würde, müßten sämtliche fertigen Stücke sofort abgeliefert werden. Zu deren Aufnahme ist überhaupt kein Platz. Das Verlangen, das Rohmaterial aufzuarbeiten, würde ins Uferlose ausarten und könnte von niemandem überwacht werden. Ganz abgesehen davon würde der Heeresverwaltung dann manche minderwertige Ware zur Last fallen, durch die sie wegen ihrer Unbrauchbarkeit nur erheblich geschädigt würde.

Sollte das Haushalten mit Rohstoffen eine weitere Einschränkung ihrer Verarbeitung ohne Rücksicht auf dadurch entstehende Stillegung von Betrieben und Arbeitslosigkeit erfordern, so wird die Heeresverwaltung auch auf dem Gebiet der Bekleidung und Ausrüstung aus den im Lande vorhandenen Vorräten leben und vielleicht wieder dazu übergehen müssen, auch minderwertige Stücke aufzukaufen. Die Frage, von welchem Zeitpunkt an nach dem letzten Gesichtspunkte gewirtschaftet werden soll oder muß, wird im Benehmen mit den anderen hierfür zuständigen Stellen laufend geprüft.

Letzte Nachrichten

L Kopenhagen, 25. November. Laut einer Petersburger Meldung sind die Eisenbahnstrecken und Wasserstraßen zwischen Wologda und Archangelsk und die dazu gehörenden Provinzen durch Kabinettsbefehl des Zaren in **Belagerungszustand** versetzt und dem Militärgouverneur von Archangelsk unterstellt worden.

Petersburg, 26. November. (W. T. B.) „Rjetsch" erfährt: „Die Sitzungen der **Duma** sollen nur zwei bis drei Wochen dauern, um das Budget zu beraten. Die Hauptarbeit werde in den Kommissionen liegen. Es werde wenig offizielle Debatten geben. Der Minister des Innern Chwostow werde eine kurze Regierungserklärung verlesen. Vor der Einberufung der Duma solle im Kabinett ein Wechsel geplant sein."

Geldmacht und Seemacht — aber nicht Geldmacht und Landmacht.

Eine Rede des Herzogs von Marlborough im englischen Oberhause.

(Telegramm.)

London, 26. November. (W. T. B.)

Oberhaus. Lord St. Davis nahm Bezug auf zahlreiche Angriffe gegen seine neuliche Rede und berichtigte einen Punkt. Er sagte: Ich hatte, als ich von Damenbesuchen im Hauptquartier sprach, einen einzigen Fall im Auge, der zu Anfang des Krieges vorgekommen ist. Sonst halte ich jedes Wort aufrecht, das ich gesagt habe.

Der Herzog von Marlborough lenkte die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen Folgen einer starken Anwerbung von Landarbeitern. Die landwirtschaftliche Erzeugung werde um 10 Prozent sinken. Die Gewerbe litten unter Arbeitermangel. Dies sei eine Folge der Mobilisierung aller verfügbaren Männer. England habe seinen alten Standpunkt allmählich aufgegeben und habe sich in eine große Militärmacht in kontinentalem Sinne verwandelt. Man habe sich in diesen Zustand hineintreiben lassen, ohne daß jemals ein bestimmter Plan angekündigt worden sei. Der Werbeplan von Lord Derby beruhe auf der Idee des gleichmäßigen Opferbringens. Wenn die wirtschaftliche Tätigkeit vor der Ausdehnung der Armee zurückstehen solle, so müßten alle Gewerbe gleichmäßig herangezogen werden. Die Regierung möge die Nation militarisieren, wenn sie damit den Krieg zu gewinnen glaube, aber sie solle genau überdenken, was England militärisch, zur See und finanziell leisten solle. Die Regierung möge den Alliierten erklären, was England tun könne, und daß Geldmacht und Seemacht, aber nicht Geldmacht und Landmacht miteinander kombiniert werden können. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß der Kriegsrat entscheiden werde, welche Form die Kriegsleistungen Englands annehmen sollten, dann würde die Nation wissen, woran sie sei.

Landwirtschaftsminister Lord Selborne sagte, daß Haus sei gewiß darin einig, daß England eine möglichst große Armee ins Feld stellen müsse. Die Landwirtschaft müsse teilweise mit der Arbeit von Frauen, Schulknaben, Soldaten und Rentenempfängern auskommen. Der Redner sagte, die Klassifizierung der Landarbeiter im nationalen Register sei mit unbeschreiblicher Nachlässigkeit geschehen. Die Nachlässigkeit sei in manchen Fällen verbrecherisch gewesen, sodaß eine neue Klassifikation vorgenommen werden müßte. Das Kriegsamt sei jetzt bemüht, die unentbehrlichen, fälschlich geworbenen Landarbeiter zu beurlauben.

Lord Devonport sagte, wenn man einen Druck anwenden würde, die Knaben aus der Schule zu nehmen, damit sie in der Landwirtschaft arbeiten, so würde sich der Nation die stärkste Unruhe bemächtigen.

Lord Lansdowne sagte: Die landwirtschaftliche Frage ist nur ein Stück der Gesamtfrage. Man möchte manchmal zweifeln, ob wir, als wir in diesen großen Krieg hineingingen, uns die gewaltige Wirkung auf die nationalen Industrien klar gemacht haben. Wir sind unmerklich von der Stellung eines Landes übergegangen, das von einem Millionenheere spricht. Es ist fraglich, ob alle, die sich diese Politik zu eigen machen, die gewaltige Veränderung in der Industrie vorausgesehen haben, die sich daraus ergeben mußte.

Im Unterhause erklärte Asquith auf eine Frage, nach den ernsten Worten Bonar Laws sei es klar, daß die Regierung nicht zögern werde, geeignete Mittel anzuwenden, um alle Klassen zu strenger Sparsamkeit zu anhalten. Auf eine weitere Frage, ob alle englischen und französischen Landtruppen an der Westfront unter einen Oberstkommandierenden gestellt werden würden, antwortete Asquith, daß dies für nicht ratsam befunden worden sei.

Russische Kriegsschiffe an der bulgarischen Küste?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Wien,** 25. November.

Dem Bukarester „Universul" zufolge ist wieder eine russische Eskader unweit der bulgarischen Küste aufgetaucht. Sie soll aus fünfzehn Einheiten, darunter drei Dreadnoughts, bestehen.

Eine neue Mission des Generals Pau in Rußland.

(Telegramm.)

Paris, 26. November. (W. T. B.)

Der Ministerrat hat dem General Alegejew das Kreuz des Großoffiziers der Ehrenlegion verliehen. General Pau erhielt den Auftrag, die Auszeichnung zu überbringen.

Verantwortliche Redakteure: für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für den Roman: Bernhard Jolles-Berlin; für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für Politik und den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Robert Frank-Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Nr. 605. Freitag, den 26. November 1915 (Abend)

Berliner Tageblatt.

1. Beiblatt. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Ausstellung im Landeshaus.

Weihnachtsarbeiten der Kriegsbeschädigten.

In den Räumen des Landeshauses der Provinz Brandenburg in der Matthäikirchstraße ist heute eine Ausstellung eröffnet worden, die liebevoller Anteilnahme versichert sein darf. Es ist nicht die erste, wohl aber die größte Ausstellung dieser Art, und sie legt erneut Zeugnis ab von der Kunstfertigkeit und dem künstlerischen Sinn unserer Soldaten. Wenige Wochen vor dem Feste, das die vielen Hunderttausende unserer Kämpfer fern von der Heimat, tief im unwirtlichen Feindesland feiern werden, hat man die Weihnachtsarbeiten derer ausgestellt, die nach heißen Kämpfen und Schmerzen krank und genesend in deutschen Lazaretten weilen. Das Ziel der deutschen Kriegsbeschädigtenfürsorge, nicht allein den verwundeten Körper, auch die kranke Seele gesund zu machen, scheint sich an unseren Kriegsbeschädigten über alle Erwartungen zu erfüllen. In den Wandelräumen des Hauses im Tiergartenviertel, die jetzt einem Bazar gleichen, kann man erfahren, wie der Sinn unserer Kriegsbeschädigten auf Arbeit gerichtet ist und wie oft dieser Wunsch nach eigener Arbeit von einem instinktiven Kunstempfinden getragen wird. Der Wille zu wirken ist in allen, die wieder auf das Leben hoffen dürfen, und die Aerzte sagen uns, daß dieser Wille allein in vielen schwierigen Fällen den Weg zur Genesung bedeuten kann.

In der warmherzigen Ansprache, mit der Landesdirektor v. Winterfeldt vor einem großen Kreis von Gästen die Ausstellung eröffnete, wurde der Lazarettarbeit als eines der wichtigsten Momente unserer Kriegsbeschädigtenfürsorge gedacht. In den inhaltsreichen Ausführungen des Redners lag auch der Dank für die vielseitige Förderung, die die Kaiserin und das Provinzialkollegium dem Unternehmen angedeihen ließen. Generalobererzt Leu führte in einem interessanten Vortrag aus, daß die Lazarettarbeiten der Kriegsbeschädigten weit mehr bedeuten als seitige Arbeitsübung. Erstaunlich bleibe jedem, der diese Arbeit beobachte, der angeborene Sinn für höheres Wirken, das in unzähligen unserer Soldaten lebe. Von der Erweckung des Willens zur Arbeit, zum Wirken, hänge bei allen Genesungsprozessen Entschieden ab. Wo dieser Wille geweckt werden kann, zeigt sich auch eine hoffnungsfrohe Betrachtung des fernern Daseins, und es darf mit stolzem Bewußtsein ausgesprochen werden, daß auch auf diesem Gebiete in deutschen Lazaretten Vorbildliches geschehe. Ein glühender Deutschenfeind und bedeutender Vertreter der Wissenschaft, der Leiter des Instituts Pasteur in Paris, hat in der „Nowoje Wremja" erklärt, daß bei den deutschen Verwundeten 60 v. H. gegen 18 v. H. bei den russischen Verwundeten geheilt werden. Dieses Zeugnis eines gelehrten Gegners ist dabei noch nicht ganz zutreffend, denn der Prozentsatz stelle sich für uns noch erheblich günstiger. Mit Worten des Dankes an alle Förderer des großen Werkes der Kriegsbeschädigtenfürsorge und einer freudigen Schilderung des Wollens und Wirkens unserer verwundeten Kämpfer schloß Generalobererzt Leu seinen überaus lehrreichen Vortrag. Zu Beginn der Feier ließ Mafalda Salvatini feßlichen Gesang hören, und ehe die Besichtigung der Ausstellung begann, hörte man noch ein feldgraues Streichkonzert.

Die Ausstellung umfaßt die Weihnachtsarbeiten in den Lazaretten des 3. Armeekorps. Erstaunliche Vielfältigkeit ist hier zur Schau gestellt. Neben Künstlern und Kunsthandwerkern zeigen Soldaten bestimmte Arbeiten, deren Herstellung sie erst in den Lazaretten erlernt haben. Besonders gut ist das Vereinslazarett Guben vertreten, das sogar mit zwei ausgezeichneten Landschaften des Bracht-Schülers Hans Licht aufwarten kann, der jetzt im Gubener Lazarett daniederliegt. Ein Uhrgehäuse mit elektrischer Beleuchtung ist ein kleines Holzschnittkunstwerk — das Holz haben Zigarrenkisten geliefert. Und der Verwundete, der sich hier in Holzschnitzkunst versuchte, ist Dekorationsmaler. Neben hübschen, zierlichen Kleinkram zeigen die Gubener eine Reihe von Knüpfarbeiten, die von den sachverständigen Damen sehr bestaunt werden. Aber mit diesen Proben weiblicher Kunstfertigkeit ist auch Neuruppin stark vertreten, und es haben sich wie für Guben so auch für Neuruppin Käuferinnen gefunden, die diese Häkel-, Strick- und Knüpfarbeiten vortrefflich und preiswert fanden. Auch anderes wurde bestaunt und gekauft, um die Tische von Frohnau, Straausberg, Siemensstadt, Oberschöneweide und um all die anderen drängten sich die Betrachter, von denen viele bald zu Käufern wurden.

In diesem großen Bazar ist alles zu finden: Figuren sind da und große Hindenburg-Büsten, Tischchen, Körbe, Bedarfsartikel, Scherzspiele und kunstgewerbliche Merkwürdigkeiten. Es ist eine Ausstellung des Fleißes und Könnens, und je mehr von diesen mit Liebe gearbeiteten Dingen der Weihnachtsschau gekauft wird, um so schöner kann unzähligen Braven der Weihnachtstisch bereitet werden. **ch.**

Pflichten der Hausbesitzer bei Eisglätte.

Eine Entscheidung des Reichsgerichts.

Bei dem jetzt wieder eingetretenen Winterwetter wird eine Entscheidung des Reichsgerichts interessieren, die sich mit der Schadenhaftung des Hausbesitzers bei unterlassenem Streuen beschäftigt. Der Hauseigentümer ist, sei es auf Grund besonderer Polizeiverordnung, sei es nach Gewohnheitsrecht, verpflichtet, bei Schnee- und Eisglätte den Fußweg vor seinem Grundstück zu bestreuen. Er haftet, wenn er eine andere Person mit dem Streuen beauftragt hat, für deren schuldhafte Unterlassung nach § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, falls er nicht nachweisen kann, daß der Beauftragte geeignet und zuverlässig war und daß er ihn auch gehörig beaufsichtigt hat.

Am 27. Januar 1912 nachmittag gegen 3½ Uhr ist die Witwe des Bahnbeamten L. in Kolberg auf dem Bürgersteig vor dem Hause des Kaufmanns J. infolge Schneeglätte gefallen und hat sich erheblich verletzt. Sie nimmt J. auf Ersatz ihres Schadens in Anspruch, und zwar verlangt sie Zahlung von rund 2600 Mark und ferner eine jährliche Rente von 730 Mark. Sie behauptet, am Unfalltage habe bis 12 Uhr mittag starkes Schneetreiben geherrscht, dann sei leichter Frost eingetreten und infolgedessen sei es glatt gewesen. Der Beklagte hätte also streuen lassen müssen, was aber nicht geschehen war. Der Beklagte macht demgegenüber geltend, er sei am Unfalltage kurz vor 2 Uhr zu einem Kaiser-Geburtstagsessen gegangen; bei seinem Weggang habe es noch etwas geschneit, deshalb hätte noch nicht gestreut werden brauchen; im übrigen habe er seinen Hausdiener K., einen zuverlässigen Mann, schon seit Jahren allgemein mit dem Streuen beauftragt. Während das Landgericht Köslin die Klage abwies, hat das Oberlandesgericht Stettin den Beklagten dem Grunde nach zum Schadenersatz verurteilt. In seinen Entscheidungsgründen sagt das Oberlandesgericht: Es ist erwiesen, daß zur Zeit des Unfalls, gegen 3½ Uhr nachmittag, Winterglätte herrschte; zwar war kein eigentliches Glatteis vorhanden, aber es hatte am Vormittage stark geschneit und der Schnee ist dann durch den Frost fest und glatt geworden. Trotzdem war zur Unfallzeit vor dem Hause des Beklagten nicht gestreut, obwohl die Hauseigentümer nach der in Kolberg geltenden Polizeiverordnung verpflichtet sind, bei Winterglätte auf dem Bürgersteig vor ihrem Grundstück zu streuen. Gegen diese Polizeivorschrift, ein Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB., hat der Beklagte verstoßen, indem das Streuen unterlassen worden ist. Zu seiner Entlastung muß der Beklagte nachweisen, daß er alles getan hat, um der Polizeiverordnung nachzukommen. Diesen Beweis hat er nicht geführt. Dadurch, daß er seinem Hausdiener K. allgemein mit dem Streuen beauftragt hatte, genügte er seiner Pflicht noch keineswegs. Er mußte den K. auch daraufhin überwachen, ob dieser dem Auftrag nachkam. An einer solchen Ueberwachung hat es aber der Beklagte fehlen lassen. Als er kurz vor 2 Uhr sein Haus verließ, war schon erkennbar, daß sich Glätte bilden konnte. Es lag deshalb nahe, den K. noch ganz besonders auf die Notwendigkeit des Streuens hinzuweisen. Der Beklagte ist aber fortgegangen, ohne sich um das Streuen zu kümmern. Dazu kommt, daß sich früher schon einmal infolge Glätte vor dem Hause des Beklagten ein Unfall ereignet hatte. Der Beklagte hat es sonach an einer zureichenden Ueberwachung seines mit dem Streuen beauftragten Angestellten fehlen lassen; er hat also nicht alles getan, um der Polizeiverordnung zu genügen. Deshalb ist er für den Unfall der Klägerin schadenersatzpflichtig. Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die von dem Beklagten eingelegte Revision zurückgewiesen.

Der König von Sachsen ist einem Privat-Telegramm aus Breslau zufolge heute früh in Sybillenort eingetroffen.

Spende der Postbeamten für Bulgarien. Die von den Reichspost- und Telegraphenbeamten mit Unterstützung aller postalischen Fachvereine des Reichspostgebiets gemeinsam veranstaltete Sammlung zur Linderung der Kriegsnot „Kriegsspende von Angehörigen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung" hat dem Deutschen Hilfsausschuß für das Rote Kreuz in Bulgarien einen Beitrag von 30 000 Mark überwiesen.

Teurer Honigkuchen. Der Fachausschuß der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Preisprüfung der Honigkuchen befaßt und verschiedentlich Ueberteuerungen festgestellt. Die Preisprüfungsstellen in den Hauptherstellungsorten sollen daher ersucht werden, der Preisbildung der Pfefferkuchenfabriken und -geschäfte ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, zwei Berliner Konditoreigeschäften eine Verwarnung zu erteilen, und eine allgemeine Prüfung der Kolonialwarenpreise bei einem Berliner Warenhaus umgehend vorzunehmen.

Errichtung einer neuen Preisprüfungsstelle. In Lichtenberg ist jetzt eine Preisprüfungsstelle errichtet worden. Eine der hauptsächlichsten Aufgaben dieser Preisprüfungsstelle ist es, in Anlehnung an die Groß-Berliner Preisprüfungsstelle unberechtigte Preissteigerungen beim Verkauf von Lebensmitteln festzustellen und zu verhüten. Beschwerden wegen Ueberschreitung der gesetzlichen Höchstpreise und der sonstigen vom Magistrat festgesetzten Lebensmittelpreise, sowie wegen anderer unberechtigter Preisforderungen sind mündlich oder schriftlich bei der Preisprüfungsstelle im Rathause anzubringen. Die Beauftragten der Prüfungsstelle, die mit Ausweiskarten versehen sind, haben das Recht, in den Lebensmittelgeschäften der Stadt Auskünfte zu verlangen, Besichtigungen vorzunehmen und die im Handelsverkehr üblichen Schriftstücke und Bücher einzusehen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis oder hohen Geldstrafen belegt.

Akademische Arbeitsvermittlung. Auf Einladung des Ausschusses für Stellenvermittlung des Akademischen Hilfsbundes fand gestern unter Vorsitz des Magistratsrats Wölbling im Abgeordnetenhaus eine Besprechung mit Vertretern von akademischen Berufs- und Standesvereinen statt. Gegenstand der Beratung war ein gemeinschaftliches Arbeiten auf dem Gebiete der Stellenvermittlung mit den Verbänden zu erzielen, die bereits eine Stellenvermittlung haben und auf Grund praktischer Erfahrungen Gewähr bieten, daß den Kriegsbeschädigten tatsächlich geholfen wird. Vertreter hatten entsandt: Berliner Philologenverein, Reichsverband der deutschen Presse, Verband deutscher Diplomingenieure, Verein deutscher Architekten, Deutscher evangelischer Pfarrerverein, Verein deutscher Ingenieure, Deutscher volkswirtschaftlicher Verband, Ausschuß der ärztlichen Standesvereine, Psychiatrischer Verein Berlin. Die katholische Geistlichkeit war durch Kaplan Dr. Kurreß, das Versicherungswesen durch Dr. Fell vertreten. Schriftliche Aeußerungen lagen vor vom Deutschen Apothekerverein und vom Verein deutscher Chemiker. Die Besprechung zeitigte im Hinblick auf künftiges Zusammenarbeiten für das Wohl der Kriegsbeschädigten ein erfreuliches Ergebnis.

Kleine Notizen. Der Straßendamm der Kochstraße zwischen Friedrich- und Wilhelmstraße wird wegen Kanalisationsarbeiten bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Berlin im Schnee. Was vor sechs Wochen eine Ueberraschung und eine Episode war, ein reichlicher Schneefall, ist jetzt wohl als dauerhafte Erscheinung eingetreten. Die weißen Flocken wirbeln draußen wieder, die Jugend setzt die Schlitten instand, und auch die Erwachsenen freuen sich des lustigen Spiels, das auf der Straße sie umtanzt. Das Berliner Wetterbureau teilt uns über die Wetterlage mit: Die Schneefälle haben sich in den letzten Tagen über ganz Deutschland verbreitet, nachdem vor einer Woche hauptsächlich Süd- und Mitteldeutschland von Schneefällen heimgesucht waren. In Pommern fiel der Schnee in großen Mengen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sich die Schneefälle jetzt öfter wiederholen; ebenso dürfte die Temperatur in nächster Zeit in ganz Deutschland etwas fallen.

*

Seit Mitternacht geht einem Privat-Telegramm zufolge über Westpreußen starker Schneefall nieder, der Verkehrsstörungen der Eisenbahn verursacht. Die Schneedecke ist bereits einige Zentimeter hoch.

Ein Tiergartenräuber verhaftet. Auf frischer Tat wurde gestern abend ein Tiergartenräuber verhaftet. Gegen 6 Uhr ging eine Lehrerin auf dem Heimwege nach Moabit durch die Große Querallee im Tiergarten. In der Nähe des Spielplatzes entriß ihr ein junger Mann, der ihr gefolgt war, mit einem heftigen Ruck ihre lederne Handtasche und ergriff die Flucht. Die Beraubte rief um Hilfe. Ein Wehrmann vom Alexanderregiment, der die Hilferufe hörte, nahm den Täter fest und übergab ihn dem nächsten Schutzmann. Der Verhaftete ist ein stellungsloser Kontorist Artur Groothe aus der Kahlerstraße.

Neue Verdeutschungen bei der Reichspost. Der Ersatz der Fremdwörter durch deutsche ist von Reichspost wohl zuerst von allen Behörden unternommen und fast ohne Ausnahme mit Erfolg durchgeführt worden. Bezeichnungen wie Postkarte, Postanweisung, Postauftrag sind vollständig in unser Sprachgut aufgenommen. Andere Verdeutschungen, wie der Fernsprecher, haben freilich das Fremdwort noch nicht ganz zu verdrängen vermocht. Neuerdings hat die Postverwaltung ihre alten Bestrebungen wieder zur Geltung gebracht, indem sie bekanntlich die Postpaketadresse durch Paketkarte ersetzt hat. Eine Verbesserung, die wegen der Kürze und Schärfe der Bezeichnung mustergültig ist. Jetzt sind auch die entsprechenden Kenderungen in den Dienstanweisungen für die Beamten der Reichspost vorgenommen worden. Statt Postpaketadressen heißt es jetzt überall Paketkarten. An Stelle von Notedressen gibt es jetzt nur noch Notpaketkarten. Der frühere Adressenabschnitt heißt jetzt einfach Abschnitt. Die Vorschriften über dessen Verwendung lauten jetzt demgemäß einfach: Auf die Vorder- und Rückseite des Abschnittes der Paketkarten dürfen Zettel mit Mitteilungen, Geschäftsanzeigen usw. geklebt werden. Es heißt auch nicht mehr der Frankvermerk, sondern der Freivermerk. „Er ist bei Paketkarten auf den Abschnitt unterhalb der Angabe des Absenders zu schreiben." Gleichzeitig hat man einige andere Verdeutschungen durchgeführt. Die frühere Akzepteinholung ist durch Annahmeeinholung ersetzt worden. An Stelle von Wechselakzept tritt jetzt Wechselannahme. Die Post schreibt auch nicht mehr „das Akzept ist nicht erteilt", sondern die Annahmeerklärung ist nicht abgegeben. Statt eines Protokolls wird eine Verhandlung aufgenommen.

*

Gegen die Streichung des Wortes „Friseur", die der im Berliner Polizeipräsidium tagende Sprachausschuß zur Bekämpfung der Fremdwörter auf Schildern und Geschäftsaufschriften beschlossen hat, haben sich die Berliner Friseure und Perückenmacher ausgesprochen. Der Obermeister der Friseurinnung brachte diese Fremdwörterfrage in der letzten Vollversammlung der Handwerkskammer zu Berlin zur Sprache und bat den Vorstand der Kammer, an zuständiger Stelle gegen diese Streichung der Wörter „Friseur" und „frisieren" vorstellig zu werden. Für diese Bezeichnungen gebe es keine treffende Verdeutschung; sie seien unentbehrlich. Der Vorsitzende der Handwerkskammer, Obermeister Rahardt, versprach, in diesem Sinne zu verfahren.

Großfeuer in der Budapester Straße.

Zwei Personen aus Lebensgefahr gerettet.

Heute früh gegen ½8 Uhr wurde die Berliner Feuerwehr durch doppelten Alarm nach der Budapester Strahe 2/3 gerufen, wo in der Kleider- und Mützenfabrik von Max Stein Feuer ausgebrochen war. Die Firma hat zu ihren Arbeits- und Lagerräumen im Vorderhause die ganze dritte und auch die Hälfte der zweiten Etage inne und beschäftigt annähernd hundert Personen. Als heute früh die Arbeit beginnen sollte, wurde ein starker Brandgeruch im Hause wahrgenommen, und bald zeigte sich, daß auch der Treppenaufgang verqualmt war. Als die Feuerwehr eintraf, fand sie einen ausgedehnten Brandherd im dritten Stock vor. Das bis dahin nur glimmende Feuer entfachte sich rasch zu hellen Flammen, sobald es Luft bekam. Schon hatte die Mehr drei Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt, als ihr gemeldet wurde, daß in der Mansardenwohnung sich noch Personen befänden, denen der Ausgang über die mittlerweile völlig verqualmten Treppen abgeschnitten sei. Der Feuerwehrmann Martickel drang nach oben und fand das 23jährige Dienstmädchen Else Repping in der Schlafstube besinnungslos vor. Er trug es die Treppe hinab ins Freie, wo es sich bald wieder erholte. Einem anderen Feuerwehrmann war es gleichzeitig gelungen, auch noch das achtjährige Kind des Pförtners aus einem anderen Mansardenzimmer herabzuholen. Unterdes hatte das Feuer, das sich besonders im Fußboden und im Zwischengebälk ausbreitete, mehrere Arbeits- und Lagerräume erfaßt. Auch die Decke nach dem vierten Stock, wo Rechtsanwalt Dr. Mittthausen seine Geschäftsräume hat, war vom Feuer durchschlagen worden. Hier wurde aber den Flammen der Weg schnell verlegt. Nach zweistündigem Wassergeben war die Gefahr beseitigt. Sechs Räume der Firma Stein sind ausgebrannt und viele fertige Kleidungsstücke, namentlich auch wertvolle Pelze, sind zerstört. Der Betrieb der Firma kann jedoch aufrecht erhalten werden. Die Aufrüumungsarbeiten währten bis in den Nachmittag hinein, da das Zwischengebälk freigelegt werden mußte. Die Ursache des Brandes ist nicht aufgeklärt.

Ein falscher Kriminalinspektor.

Verhaftung eines Kriegsschwindlers.

In Dresden wurde auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei ein Kriegsschwindler verhaftet, der auch in Berlin umfangreiche Schwindeleien verübt hat. Ende des Monats Oktober mietete in der Neuterstraße in Neukölln ein Mann in der feldgrauen Uniform eines Feldwebels ein Zimmer. Er nannte sich Adolf Jäger aus Peine im Kreise Hannover, und stellte seine junge Begleiterin als seine Frau Erna Jäger geborene Schulze vor. Der Mann erzählte, daß er früher in Hannover Eisenbahnbeamter gewesen sei. Der Dienst habe ihm jedoch nicht zugesagt, und er sei deshalb zur Kriminalpolizei übergetreten und in Hamburg als Kriminalinspektor angestellt worden. Zur militärischen Verwendung sei er jetzt nach Neukölln abkommandiert worden. Jäger erzählte viel von seinen Erlebnissen und seinen vier Verwundungen in Frankreich und Rußland. Er trug auch die Bänder des Eisernen Kreuzes und der österreichischen Tapferkeitsmedaille. Er mietete das Zimmer vorläufig auf einen Monat und bezahlte für acht Tage voraus. Der Zimmerwirt, der außerhalb Berlins arbeitet, sah sich erst nachträglich die von dem Mieter selbst ausgefüllte polizeiliche Anmeldung genauer an und entdeckte, daß er „Meldwebel" geschrieben hatte. Seine Frau machte Jäger am anderen Tage auf diesen Schreibfehler aufmerksam. Darauf entfernten sich Jäger und seine angebliche Frau unter einem harmlosen Vorwande aus der Wohnung und kehrten nicht wieder zurück. Die Ermittelungen ergaben, daß man es mit einem Schwindler zu tun hatte. In einer Gastwirtschaft in der Berliner Straße war Jäger mit seiner Frau gleichfalls als Hamburger Kriminalinspektor aufgetreten und hatte die Wirtin innerhalb 14 Tage um 300 Mark angeborgt. Er begründete seine Geldverlegenheit damit, daß wegen seiner Abkommandierung sein Gehalt aus Hamburg länger ausbleibe. Es werde aber in den nächsten Tagen bestimmt eintreffen; gleichzeitig erwarte er seine Beförderung zum Feldwebelleutnant. Einen Sicherheitswechsel hatte der Schwindler auf den Namen des Hamburger Kriminalinspektors gefälscht. Die Ermittlungen der Polizei gaben Aufschluß darüber, aus welchem Grunde sich Jäger als Kriminalinspektor aus Hamburg ausgab. Er hatte unter einem anderen Namen in Hamburg Anzeige erstattet, daß ihm ein Obermaat mit seiner Frau und 5000 Mark Regimentsgeldern durchgebrannt sei. Die Anzeige erschien so glaubwürdig, daß ihm die Hamburger Kriminalpolizei eine Karte mitgab, die ihm als Ausweis dienen sollte, wenn er Gelegenheit fände, den Flüchtling festnehmen zu lassen. Mit dieser Karte ernannte sich nun der Schwindler selbst zum Kriminalinspektor und schaffte sich eine Grundlage für seine Betrügereien. Ein Schneidermeister in der Köpenicker Straße opferte dem zukünftigen Feldwebelleutnant außer einer neuen feldgrauen Hose auch 30 Mark bares Geld. Als die Schwindeleien ans Licht kamen, war der Kriminalinspektor aus Groß-Berlin verschwunden. Jetzt wurde er in Dresden verhaftet und als ein ehemaliger Unteroffizier Wilhelm Hohls aus Bergen festgestellt. Seine Begleiterin soll er entführt haben.

45 Dienstboten in 4 Jahren. Mit einem traurigen Fall von Dienstmädchenmißhandlung hatte sich das Schöffengericht in Hamburg zu beschäftigen. Die Anklage richtete sich gegen die dort in der Jordanstraße 25 wohnhafte Witwe Maria Hesse, die sich schwerer Mißhandlungen ihres sechzehnjährigen Dienstmädchens schuldig gemacht hatte. Das Mädchen, das noch Spuren von Mißhandlungen am Körper trug, gab an, daß sie von Dienstherrin seit Dienstantritt mit den gemeinsten Schimpfreden überhäuft worden

sei und daß sie von 6 Uhr morgens bis abends 10 Uhr ununterbrochen arbeiten mußte. Am Morgen des 9. August kurz nach 6 Uhr sei Frau Hesse in ihr Zimmer gekommen, habe sie wiederum beschimpft, mit Fäusten, einem dicken Stock, einem Hunderiemen und mit einem nassen Wischtuch fortgesetzt in unbarmherziger Weise gemißhandelt. Dann habe ihr die Frau das Hemd vom Leibe gerissen mit dem Hunderiemen die Hände zusammengebunden, und sie auf den nackten Körper mit einer Hundepeitsche geprügelt. Als sie sich auf Befehl der Frau angekleidet hatte, habe sie diese an den Röcken die Treppen bis zur Küche hinuntergeschleift. Schließlich habe Frau Hesse ihr befohlen, sofort das Haus zu verlassen. Als sie diesem Befehl nachkommen wollte, habe die Dienstherrin sie in ein Zimmer eingeschlossen. Durch polizeiliche Ermittelungen ist festgestellt worden, daß Frau Hesse in kaum vier Jahren nicht weniger als 45 Dienstmädchen gehabt hat, die sämtlich wegen Mißhandlung den Dienst sehr bald verlassen haben. Der Amtsanwalt beantragte für die an den Tag gelegte Brutalität eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und verurteilte die Angeklagte wegen grausamer Körperverletzung einer noch nicht 18 Jahre alten, ihrem Hausstand angehörenden Person zu drei Monaten Gefängnis.

○ **München,** 26. November. (Privat-Telegramm). Vor dem hiesigen Schwurgericht stand gestern der 40jährige Apotheker Waagen. Er hatte seinerzeit beschlossen, gemeinsam mit seiner Frau und seinem Sohne in den Tod zu gehen, da er durch verfehlte Spekulationen vor dem Ruin stand. Er erschoß den Sohn und die Frau, als er aber auf sich selber anlegen wollte, versagte der Revolver. Die Verhandlung ergab das Bild eines völlig gebrochenen Menschen. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

Der Kriegszoll der amerikanischen Millionärinnen.

Die kürzlich in Großbritannien eingeführte fortschreitende Erhöhung der Einkommensteuer hat in den Vereinigten Staaten höchst unangenehm berührt: sind doch dadurch beträchtliche Mengen amerikanischen Kapitals der englischen Kriegführung zunutze gemacht worden. Die Reform des britischen Schatzkanzlers belastet nämlich hauptsächlich die großen Einkünfte und zieht diese so stark heran, daß Jahreserträge von über 400 000 Mark mit 34½ Prozent besteuert werden. Nun hat Amerika den zweifelhaften Vorzug, daß eine ganze Reihe seiner reichsten Erbinnen englische Aristokraten geheiratet haben und dadurch englische Staatsbürgerinnen geworden sind; ihre Einkünfte aber rühren größtenteils oder ausschließlich aus amerikanischen Unternehmungen her, und so ist es amerikanisches Geld, das den britischen Staatssäckel zu füllen hat. Die Verluste, die einzelne Dollarprinzessinnen dadurch erleiden, gehen in die Hunderttausende. So zahlt die Herzogin von Roxburghe, eine Tochter des verstorbenen Multimillionärs Ogden Goelet, jährlich zwei Millionen Mark; die Herzogin von Marlborough, William K. Vanderbilts Tochter, hat 600 000 Mark zu erlegen, obwohl sie als geschiedene Frau im Grunde gar nicht mehr Engländerin ist; die Herzogin von Manchester, eine Tochter des Eisenbahnkönigs Eugen Zimmermann aus Cincinnati, wird mit 400 000 Mark geschröpft. Frau William B. Leeds, die von ihrem verstorbenen Manne riesenhafte, in Unternehmungen auf Rock Island und im Zinntrust steckende Kapitalien geerbt hat und seit Jahren in der Londoner Gesellschaft eine vielbemerkte Rolle spielt, hat 1 200 000 Mark jährlichen Einkommens zu opfern. Mit 800 000 Mark Kriegssteuer folgt Lady Beatty, eine Chicagoerin, die mit dem gegen Deutschland befehligenden Admiral Sir David Beatty verheiratet ist; die gleiche Summe haben die Töchter Lord Curzons, als Enkelinnen des amerikanischen Milliardärs Levy Z. Leiter und die Gräfin Craven, Bradley Martins Tochter, zu erlegen. 400 000 Mark Kriegssteuer entfallen auf die Gräfin Granard, deren Vermögen von ihrem Großvater D. O. Mills herrührt; ihr Mann steht im Augenblick mit seinem Regiment im Felde. In ähnlicher Höhe wird ihre Base, Mrs. John Hubert Ward, herangezogen werden, deren Mann gleichfalls an der Front weilt. 400 000 Mark beträgt auch die Jahressteuer, die auf die Viscountess Maidstone, die Gräfin Suffolk (auch eine Tochter des schon genannten Levy Z. Leiter) und auf Mrs. Lewis Harcourt, eine Nichte des verstorbenen John Pierpont Morgan, entfallen. Etwas leichter hat es die Gräfin v. Ancaster, eine geborene Miß Eloise Breese, die ihrem Adoptivvaterlande nur 300 000 Mark zu opfern hat, und Lady Cheylesmore oder Lady Naylor Leyland haben sogar bloß 200 000 Mark zu steuern. Natürlich werden all diese Opfer in New-York mit gemischten Gefühlen aufgenommen; besonders empört ist man dort aber über William Waldorf Astor, der für die englische Kriegführung nicht weniger als 5 Millionen Mark herzugeben haben wird. Astor hat vor einigen zwanzig Jahren erklärt, Amerika wäre kein Land für einen Gentleman; er ist deshalb nach London übergesiedelt, hat dort das Palais des Marquis of Lansdowne und ein Landhaus des Herzogs von Westminster an der Themse gekauft, ist nach einiger Zeit englischer Bürger geworden, und von seinen beiden Söhnen dient heute der eine als Offizier in der königlichen Leibgarde. Seine Einkünfte fließen beinahe ausnahmslos aus seinen riesigen Besitzungen und Unternehmungen im Staate New-York, deren Gesamtwert auf 800 Millionen Mark geschätzt wird. Immerhin bleibt den Amerikanern in diesem Falle ein kleiner Trost; 800 Millionen müßten ein ungefähres Jahreseinkommen von 32 Millionen Mark abwerfen; ein Drittel dieser Summe betrüge ungefähr 10 Millionen Mark; da nun aber das Schatzamt Astor nur mit 5 Millionen Kriegssteuer veranlagt hat, so scheint es, als habe es der Herkunft seiner Jahresrente Rechnung getragen.

Keine bayerischen Kriegsbriefmarken. Die Verwaltung der bayerischen Postverkehrsanstalten hat einem Privat-Telegramm zufolge beschlossen, keine Kriegsbriefmarken herzustellen, und zwar in Uebereinstimmung mit der Reichspostverwaltung in Berlin. Der Reichstag empfahl, wie erinnerlich, seinerzeit den Vorschlag zur Erwägung.

Weihnachtspfefferkuchen für das Große Hauptquartier. Eine Thorner Honigkuchenfabrik hat, wie man uns schreibt, den Auftrag erhalten, für die Weihnachtsbescherung im Großen Hauptquartier die Pfefferkuchen zu liefern. Das Bestelltelegramm lautet: „S. E. Gr. Hauptquartier. Auf Grund der Bemusterung vom 25. Oktober an die Feldintendantur wird bestellt: 4000 Pakete Viktorialebkuchen, 1000 Kartons Kaisermandoletten, 500 Kartons runde Lebkuchen ... Marketenderei des Großen Hauptquartiers."

Fahrplanänderung Berlin—Kottbus. Von Mittwoch, den 1. Dezember ab wird der Personenzug 773 Berlin—Kottbus wie folgt verlegt: Berlin, Görlitzer Bahnhof ab nachmittags 6 Uhr 55 Minuten, an Niederschöneweide-Johannisthal 7 Uhr 6 Minuten, an Königswusterhausen 7 Uhr 32 Minuten, an Lübben 8 Uhr 47 Minuten, an Lübbenau 9 Uhr 5 Minuten, an Kottbus 9 Uhr 53 Minuten abends.

Postverkehr Belgiens mit der Türkei. Der Briefverkehr zwischen der Türkei und Belgien ist wieder aufgenommen worden. Die Sendungen gehen in beiden Richtungen über Aachen. — Für Görz dürfen bis auf weiteres Pakete nicht mehr angenommen werden. In Görz lagernde unanbringliche Pakete werden ohne Rückmeldung zurückgeleitet.

Weihnachtsgaben für die Truppen. Bis Mitte Dezember bietet sich Gelegenheit, den Angehörigen des Gardegrenadierregiments Nr. 5 Weihnachtspakete und Liebesgaben in jeder beliebigen Größe an die Front zu senden. Spenden sind bis spätestens 12. Dezember an das Ersatzbataillon des Gardegrenadierregiments Nr. 5, Abteilung für Liebesgaben, in Spandau zu senden.

Heidelberger Kriegsfürsorge. Zur Erfüllung von Kriegsausgaben bewilligte einem Privat-Telegramm zufolge der Bürgerausschuß von Heidelberg in seiner gestrigen Sitzung den Betrag von einer weiteren Million Mark. Ferner beschloß der Stadtrat, den Senior Geheimen Kommerzienrat Wilhelm Landfried, der sich um das Wohl der Familien von Heidelberg verdient gemacht hat, zum Ehrenbürger der Stadt Heidelberg zu ernennen.

Zwei Millionen Porträts. Der größte Auftrag, der je wohl in der Photographie erteilt worden ist, ist vor einigen Wochen von der Zivilverwaltung in Polen vergeben worden. Es handelt sich laut „Photogr. Korresp." darum, eine Verordnung des deutschen Oberbefehlshabers Ost auszuführen, nämlich die photographischen Aufnahmen zur Durchführung des Paßzwanges für die gesamte über fünfzehn Jahre alte Bevölkerung in Polen zu machen. Die Zahl der Bevölkerung in den besetzten Gebieten stand zwar noch nicht fest, wurde jedoch auf zwei Millionen angegeben. Zwei Millionen Porträtaufnahmen zu machen und die dazu gehörigen Pässe auszuschreiben, ist sicherlich keine Kleinigkeit, besonders wenn die Organisation, die dazu nötig ist, in kürzester Zeit geschaffen werden muß und die Arbeit in einigen Monaten vollendet sein soll. Um welche Zahlen es sich hierbei handelt, kann man am besten daraus ersehen, daß, wenn die Aufnahmen auf Platten gemacht würden, gegen 1000 Zentner zu transportieren wären, wobei für Bruch noch nichts gerechnet ist. An Entwickler wären zu dieser Masse zwölf Hektoliter gebraucht, und es ist erklärlich, daß der, dem diese Riesenarbeit übertragen worden ist, Herr Heinrich Götz in Breslau, vielfach bei den Einkäufen und den Engagements der Leute für einen Schwindler gehalten worden ist. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten waren zu überwinden, bis die Sache in Fluß kam. Eine Hauptschwierigkeit war die, jede Person ohne weiteres nach dem Paß feststellen zu können, so daß die richtige Photographie hineingeklebt werden konnte. Doch auch dies ist in einwandfreier Weise gelöst worden. Genug, der ganze Riesenapparat ist jetzt in vollster Tätigkeit, über eine Million Aufnahmen sind schon gemacht. Ungefähr 30 000 Aufnahmen werden an guten Tagen fertig, über 60 Photographen und 250 Schreiber sind dazu am Werk.

Verhaftung eines Falschmünzerpaares. In verschiedenen Stadtteilen Danzigs tauchten seit einiger Zeit falsche Einmarkstücke auf, die nach den gemachten Beobachtungen von mehreren Personen in Zahlung gegeben worden waren. Die Kriminalpolizei wurde von dem Treiben der Falschmünzer in Kenntnis gesetzt und hat jetzt mit Hilfe eines Kellners die Täter ermittelt. In einem Automatenrestaurant versuchte ein fremder Mann, ein falsches Einmarkstück zu verausgaben. Da der Kellner von den Falschmünzern gehört hatte, war er vorsichtig und stellte bei der Prüfung fest, daß das Geldstück ein Falsifikat war. Er veranlaßte die Verhaftung des Mannes, in dessen Begleitung sich eine gutgekleidete Frau befand. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß es sich um den Artisten Otto Schönheit handelt, der mit seiner Begleiterin, der Artistin Martha Broschinski, im benachbarten Lauental zusammen lebte. In der Wohnung der Verhafteten wurde eine eingehende Durchsuchung vorgenommen, bei der in Gips abgedrückte Formen für Ein-, Zwei- und Dreimarkstücke, ferner Blei zum Gießen der falschen Münzen, halbfertige Falsifikate und Gießtiegel gefunden wurden. Die Verhafteten sind geständig; sie wurden dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Wildschweine vor den Toren der Stadt Mainz. Der reiche Bestand an Schwarzwild im Hunsrück hat, wie uns geschrieben wird, zu Wanderungen der Wildschweine Anlaß gegeben. Wie früher schon einmal südlich der Stadt wurden jetzt im Westen in dem Waldbestand des Mainzer Villenvorortes Gonsenheim, etwa fünf Kilometer vor der Stadt, Wildschweinrudel in Stärke von 15 Tieren angetroffen.

Ein verbotener Kirchenbau.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Hanau, 26. November.

In Schippach macht seit einigen Jahren eine Wahrsagerin von sich reden. Auf Grund ihrer „Weissagungen" ist zurzeit eine große Wallfahrtskirche im Bau, für die mit Hilfe der sogenannten Kettenbriefe von allen Seiten Geldmittel aufgebracht wurden. Die Kosten dieses Prachtbaues sind auf über eine Million Mark veranschlagt. Etwa 100 000 Mark sind schon für einen Grundbau ausgegeben, aber das Fundament hat sich als zu schwach erwiesen, um den auf ihm zu errichtenden Bau zu tragen, und muß wieder gesprengt werden. Die große Summe ist also nutzlos ausgegeben worden. Daraufhin hat das bischöfliche Ordinariat in Würzburg eingegriffen und die Weiterführung des Baues bis nach dem Eintreffen einer päpstlichen Entscheidung untersagt.

Aus Nah und Fern. Die mit einem Kostenaufwande von 3½ Millionen Mark erbaute schwäbische Kreisirrenanstalt Günzburg an der Donau wurde, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, durch den schwäbischen Landrat der Kreisgemeinde feierlich übergeben. Die Anstalt besteht aus 55 Gebäuden, die nach dem Pavillonsystem angeordnet sind. Die Anstalt, die vom Panamimann Widerspick erbaut wurde, faßt 1200 Kranke und wird im nächsten Jahr vollständig bezogen.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im östlichen Küstengebiete stellenweise starke, in den meisten anderen Gegenden schwächere Niederschläge, hauptsächlich Schnee.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Ein wenig kälter, zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Schneefällen.

Amsterdamsche Bank

Amsterdam, Rotterdam,

Bankgeschäfte jeder Art.

3 Millionen Sandsäcke,
sofort greifbar, 16/16, 20/20,
ohne Belegschein, feldgr., Abnahmegarantie, 52 Pfennig,
aus Ersatzstoff, prima Material, 48 Pfennig.
Jacob Ulmer, Schönaich-Stuttgart,
z. Zt. Exzelsiorhotel, Zimm. 269, Berlin. Tel. Nollend. 466.

Flensburg Hotel Flensburger Hof.
Jeder moderne Comfort. Weinrestaurant und Bierrestaurant. Autogarage.
Bes. Wilh. Grabbe. Hoftraiteur.

Ziehung am 3. und 4. Dezember 1915
Geld-Lotterie der Allgem. Deutschen Pensions-anstalt für Lehrer u. Lehrerinnen
200000 Lose. 6683 Gewinne von Mark
200000 Hauptgewinne
75000 M
30000 M
10000 M
bar ohne Abzug zahlbar.
Lose 3 Mark überall erhältlich. Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Verband Königl. Preuß. Lotterie-Einnehmer,
Berlin C. 2, Burgstraße 27.

MANOLI
Feldpost-parfumen
20 * 50 * 100
Zigaretten

Juwelen-Gelegenheitskäufe
Silber nach Gewicht
Margraf & Co. G.m.b.H.
Kanonierstr. 9
Man achte auf die Firma

Kunstspiel-Piano,
Gelegenheitskauf, sehr preiswert verkäuflich. Ferner einige aus Miete gekommene Pianos und Harmoniums.
Alexander Pohl, Potsdamerstr. 108*

Lombard-Haus H. Graff
Berlin SW., Leipzigerstr. 75, II
Brillanten Uhren Goldwaren.
25—50% unter Ladenpreis.

Pol. Artill.-Steighügel Paar M. 1.35
per sofort 5000 Paar liefert
Adolf Loewenstein, Elberfeld.*

Durch günstige Einkäufe
können wir Weine, Liköre, Cognac, nur bessere Marken, sehr billig abgeben.
Weinvertrieb Guttfeld & Co.,
Potsdamerstr. 40.

4% Preuß. Schatzanweisungen (1./5.17) kauft Privatm. C. N. 7781 Rudolf Mosse, Schiffbauerd. 4.

Feldpostdosen:
Lippehner Delikatess-Brühwürstchen.
Lippehner Bockwürstchen
empfiehlt
Fleischkonservenfabrik,
Lippehne, Kreis Soldin.

Dänemark
Rechtsanwalt Heinrich Möller
kommt zur Konferenz in juridischen Angelegenheiten regelmäßig nach Berlin.
Näheres durch mein Büro: Bolbhusgade 2, Kopenhagen.

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts.

Nummer 605. **Berlin, Freitag, 26. November 1915.** **Abend-Ausgabe.**

* Pariser Finanzbrief.

22. November 1915.

Der Anleiheentwurf ist sowohl von der Kammer als auch vom Senat einstimmig genehmigt worden. Bei dieser Gelegenheit ist die nachstehende Zusammenstellung bekannt geworden, die die Art der Finanzierung des Weltkrieges durch die dritte Republik während der ersten fünfzehn Monate (vom 1. August 1914 bis zum 31. Oktober 1915) veranschaulicht:

	Frcs.
Vorschüsse bei der Banque de France . .	7 000 000 000
Vors hüsse bei der Banque d'Algérie . . .	75 000 000
Obligationen der nationalen Verteidigung .	2 735 798 000
Bons der nationalen Verteidigung	8 781 851 000
Bons in England plaziert	1 028 976 000
Bons in den Vereinigten Staaten plaziert .	135 716 000
Französischer Anteil der englisch-französischen Dollaranleihe	1 250 000 000
Total	21 005 341 000

Die näheren Bedingungen des Anleihedekrets gehen dahin, dass der Emissionskurs der 5proz. Rentenanleihe 88 pCt. beträgt. Die Mindestzeichnung muss 100 Fr. betragen. Die Titel tragen vierteljährliche Coupons, fällig am 16. Februar, 16. Mai, 16. August und 16. November jeden Jahres. Die öffentliche Emission beginnt am 25. November; der Schlusstag der Zeichnung wird durch besonderes Dekret bekanntgegeben, doch wird sich die Zeichnung jedenfalls nicht über den 15. Dezember hinausziehen. Der Anleihebetrag ist nicht limitiert. Vom gezeichneten Betrag sind 10 pCt. im Augenblicke der Zeichnung und je 26 weitere Prozent am 15. Januar, 15. Februar und 15. März zu entrichten. Bei sofortiger Vollzeichnung wird auf je 100 Fr. Nennwert ein Bonus von 75 Centimes gewährt. Bonds und Obligationen der nationalen Verteidigung werden zum Werte vom 15. Dezember in beliebigem Umfange zur Zeichnung angenommen; doch muss in diesem Falle die sofortige Liberierung erfolgen, und es wird auch hier der Bonus gewährt. Die weitere Ausgabe von Obligationen wird eingestellt. Die 3½proz. amortisierbare Rente wird bei der Zeichnung im grossen ganzen den Nationalverteidigungsbons gleichgestellt. Dagegen kann die 3proz. ewige Rente nur für ein Drittel des gezeichneten Betrages und zwar zum Kurse von 66 pCt. ex Januarcoupon, also in Wirklichkeit zum Kurse von 66,75 zu Zeichnungszwecken Verwendung finden. Die Rentabilität der neuen Anleihe beträgt ohne Rücksicht auf die Rückzahlungsbedingungen 5,68 pCt.

Die Käufer 3proz. ewiger Rente, die im Hinblick auf die neue Emission den Rentenkurs bis auf über 66 getrieben haben, mussten eine bittere Enttäuschung erfahren. In der Tat wird die 3proz. Rente effektiv zu 66¾ pCt. angenommen, dafür geht aber der Zeichner, welcher davon Gebrauch macht, des Bonus von ¾ pCt. für Barzeichnungen verlustig, so dass es sogar bei einem Kurse von 64,80 rentabel ist, alte Rente zu verkaufen. In Wirklichkeit geht — es ist noch nicht klar, aus welchen Gründen — der Verkaufsandrang sogar darüber hinaus und heute (22. November) ging der Rentenkurs bis auf 64,50 zurück.

Die Medioliquidation vollzog sich mit Leichtigkeit. Wohl in so ausserordentlich gering waren, dann aber auch, weil Geld reichlich und billig zu haben war. Von den Kursbewegungen der letzten Tage ist namentlich beachtenswert der Fall der spanischen Exterieurs, die heute à 82,95 offeriert blieben, während der Kompensationskurs vom Medio noch 87,75 betrug. Dieser Kursfall ist ganz auf die neue Anleiheemission zurückzuführen, wie denn ganz offen die Parole ausgegeben wurde, sich bei diesem Anlasse fremder Werte zu entledigen. Im Zusammenhange damit steht die Tatsache, dass auch im neutralen Auslande für die Kriegsanleihe eine eifrige Propaganda betrieben wird, obwohl kaum angenommen werden kann, dass ein nennenswertes Ergebnis dabei erzielt werde. Immerhin wirken hier die für die französische Valuta ungünstigen Wechselkurse stimulierend, die seit unserem letzten Bericht durchweg eine kleine Besserung erfahren haben. Nachstehend die Schlussnotierungen:

	22. Nov.	13. Nov.	30. Okt.	1. Okt.
London	27,81½	27,82	27,53	27,28
Madrid	555	557	554	551½
Holland	248½	251½	248	236
Italien	91½	92½	92½	93
New-York	593½	600	593	577
Petersburg	190	194	197	198
Skandinavien . . .	161	161½	158	150
Schweiz	111	112	111½	109

Bei der Bank von Frankreich hat die abgelaufene Woche eine neuerliche Zunahme des Notenumlaufs um 22,6 Mill. Francs auf 14 210,8 Mill. Fr. und des Kriegsvorschusses an den Staat um 100 Mill. Fr. auf 7300 Mill. Fr. gebracht. Zum erstenmal seit vielen Wochen bleibt die Zunahme des Notenumlaufs hinter der Zunahme des Goldvorrates (25,0 Mill. Fr. auf 4807,1 Mill. Fr.) zurück.

Der Handelsverkehr der Republik mit dem Auslande weist für den Monat Oktober die folgenden Zahlen auf:

	Oktober		Januar—Oktober	
	1915	1914	1915	1914
	(in Millionen Francs)		(in Millionen Francs)	
Einfuhr . .	741,9	239,5	6583 2	5728,5
Ausfuhr . .	262,2	183,4	2446,0	4433,0

Allein im Oktober ist die Einfuhr dreimal so gross wie im entsprechenden Vorjahrsmonat, wohl ein deutlicher Beweis für den schweren Tribut, den das Land an das Ausland für seine Kriegslieferungen zu leisten hat.

*** Vom Roheisenverband.** Der Versand des Verbandes betrug im Monat Oktober 55,85 pCt. der Beteiligung gegen 53,69 pCt. im September. Im November ist mit einer weiteren Steigerung des Verbandes zu rechnen. Ueber die Geschäftslage wurde von der Verbandsleitung mitgeteilt, dass die Nachfrage in den Qualitätsroheisensorten sehr stark bliebe. Insbesondere gelte dies für die phorsphorarmen und manganhaltigen Sorten, die für die Herstellung von Kriegsmaterial stark gefragt wurden. In den phosphorreichen Sorten liegt das Geschäft still. Die Auslandsnachfrage sei lebhafter geworden.

*** Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat.** Am 1. Dezember findet, wie schon gemeldet, eine Versammlung der Zechenbesitzer statt, in der auch die Festsetzung der Richtpreise ab 1. Januar 1916 vorgenommen werden soll. Wie wir dazu hören, ist mit einer Erhöhung der Preise kaum zu rechnen, vielmehr ist man in Verbandskreisen der Ansicht, dass die Richtpreise unverändert gelassen werden.

*** Die Elektrizitätsversorgung Unterfrankens** ist durch einen Vertrag der Kreisgemeinde dahin geregelt, dass die Schuckert-Gesellschaft in Würzburg und die Gewerkschaft Gustav in Deittlingen die Versorgung übernehmen, erstere für Unterfranken-Ost und letztere für Unterfranken-West. Die Schuckert-Gesellschaft wird eine eigene Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Würzburg gründen. Erwartet wird der Anschluss von 149 Ortschaften mit 306 066 Einwohnern. Die Anlagekosten sind auf 19½ Mill. M. berechnet ohne die Kraftwerke und ungerechnet die Ablösung für schon vorhandene Anlagen des fränkischen Ueberlandwerkes. Die Konzession geht bis 1981, doch kann der Staat eine Ablösung schon ab 1927 vornehmen.

*** Dividendenzahlung aus dem Vortrage.** Die Gardinenfabrik Plauen Akt.-Ges. erzielte im Jahre 1914/15 einen Bruttogewinn von 338 016 M. (1913/14 781 807). Aus dem Vorjahre stand ein Vortrag von 119 259 M. (67 513) zur Verfügung. Die Abschreibungen werden von 170 386 M. i. V. auf 34 272 M. reduziert, wobei zu berücksichtigen ist, dass im Vorjahre 39 005 M. für Sonderabschreibungen aus dem Gewinnvortrag abgezweigt worden waren. Die Abschreibung auf Gebäude wird auf 14 900 M. (25 310) bemessen. Auf Maschinenkonto werden 17 907 M. abgesetzt, während in 1913/14 139 000 M. für reguläre und Sonderabschreibungen verwandt wurden. Im Vorjahre standen Maschinen mit 400 000 M. zu Buche, jetzt mit 285 000 M. Die Unkosten erforderten 317 718 M. (446 906). Es verbleibt ein Ueberschuss von 125 115 M. (247 386). Nach Abzug des Vortrages beträgt der Reingewinn nur 5853 M. (218 878). Hiervon erhält der Aufsichtsrat 981 M. (37 127). Es wird eine Dividende von 4 pCt. (6 pCt.) gezahlt, wodurch der Vortrag aus dem Vorjahre auf 68 131 M. sinkt. In der Bilanz erscheinen u. a.: Grundstücke 187 187 M. (176 000), Gebäude 655 752 M. (672 650), Waren 462 198 M. (655 571), Bankguthaben 268 509 M. (112 350), Debitoren 364 499 M. (418 777). Kreditoren hatten 16 746 M. (18 099) zu fordern.

*** Deutsche Kabelwerke Akt.-Ges.** in Alt-Boxhagen bei Berlin. Die Gesellschaft ist, wie wir hören, in dem mit dem Schluss des nächsten Monats ablaufenden Geschäftsjahr günstig beschäftigt gewesen. Für das Personal habe ausreichende Beschäftigung vorgelegen. Es sei daher ein befriedigendes Ergebnis zu erwarten. (Im Vorjahr wurden 6 pCt. Dividende ausgeschüttet.)

Vergütung für Uebertragung des Durchschnittsbrandes. Die Spirituszentrale wird, wie die „Zeitschrift für Spiritusindustrie" mitteilt, die Uebertragungen von Durchschnittsbrand vermitteln. Die Abgeber von Durchschnittsbrand sollen eine Vergütung von 3 M. für das Hektoliter erhalten, während die Brennereien, die sich zur Erweiterung ihres Betriebes über 90 pCt. des Durchschnittsbrandes erbieten, die benötigten Mengen, soweit das erforderliche Angebot vorhanden ist, kostenfrei überwiesen erhalten. Ausserdem ist in Aussicht genommen, den Erwerbern von Durchschnittsbrand auf die, ihre eigenen 90 pCt. Durchschnittsbrand übersteigenden Ablieferungen einen besonderen Zuschuss von wenigstens 1 M. für das Hektoliter zu gewähren. Zur Ausführung dieser Beschlüsse bedarf es, wie im Vorjahre, einer besonderen Ermächtigung seitens des Bundesrats. Die notwendigen Anträge sind bereits an den zuständigen Stellen eingereicht.

*** Löwenbrauerei Akt.-Ges.,** Berlin-Hohenschönhausen. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, für das abgelaufene Geschäftsjahr nach Vornahme von Abschreibungen im Betrage von 548 618 M. (i. V. 434 020) eine Dividende von 5 pCt. (i. V. 5 pCt.) vorzuschlagen.

*** Terraingesellschaft Frankfurter Chaussee in Berlin.** Die Gesellschaft hat, wie wir aus Kreisen der Verwaltung erfahren, in dem mit dem 31. n. Mts. ablaufenden Geschäftsjahr Verkäufe von ihrem Grundbesitz bisher nicht abgeschlossen. Die Bilanz wird daher für das laufende Jahr einen Gewinn nicht ausweisen, sondern der Gewinnvortrag aus dem Vorjahre wird sich um die allerdings nicht beträchtlichen Spesen und Steuern ermässigen. (Für das Jahr 1914 sank der Gewinnvortrag bereits von 266 063 M. auf 251 889 M.)

*** Hugo Schneider Akt.-Ges.,** Metallwarenfabriken und Messingwerke in Leipzig. In einer kürzlich abgehaltenen Aufsichtsratssitzung wurde vom Vorstand berichtet, dass die Gestaltung des vom 1. Januar ab laufenden Geschäftsjahres der Gesellschaft bisher günstig war, da die Werke vorwiegend mit Kriegsaufträgen zu lohnenden Preisen und bei gesteigerten Umsätzen flott beschäftigt waren. Die Aussichten für die nächste Zeit seien auch weiter befriedigend, für die kommenden Monate liege noch volle Beschäftigung vor. Es könne daher mit einer bedeutenderen Erhöhung der Dividende für das Geschäftsjahr 1915 gegenüber dem Durchschnitt der letzten Jahre gerechnet werden. (Die Dividende betrug in den drei letzten Jahren 7, 9 und 6 pCt.)

*** Die Preiskonvention der Velberter** und benachbarten Schlossindustrien erhöht mit sofortiger Wirkung den Teuerungszuschlag auf die Listenpreise um 5 auf 20 pCt.

*** Die Nürnberger Hercules-Werke Akt. Ges.** in Nürnberg schlagen, wie bereits mitgeteilt, für 1914/15 eine Dividende von 12 pCt. vor. Auf dem Warenkonto wurde ein Gewinn von 400 891 M. (269 356) erzielt. Die Abschreibungen betragen, wie schon mitgeteilt, 69 417 M. (30 278). Der Ueberschuss stellt sich auf 241 113 M. (82 964). Der Vortrag auf neue Rechnung wird von 20 484 M. auf 64 727 M. gesteigert. Ueber das abgelaufene Geschäftsjahr bemerkt die Verwaltung, dass sich das Geschäft in Fahrrädern und in der elektrotechnischen Abteilung in engen Grenzen bewegt habe, dass es aber der Gesellschaft gelang, Aufträge für Heereszwecke zu erhalten, die es ermöglichten, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Auch in Lastkraftwagen war die Gesellschaft andauernd beschäftigt. Um diesen Geschäftszweig weiter auszudehnen, hat sie ein neues Fabrikgebäude errichtet. Die Kosten hierfür kommen erst im laufenden Geschäftsjahre zur Verrechnung. In der Bilanz erscheinen Bankguthaben und Aussenstände mit 343 619 M. (350 612), Vorräte mit 459 024 M., Kreditoren 57 951 M. (65 946).

✕ Hohe Preisaufschläge. In unserem Aufsatz „Vom Getreidemarkte" in der Morgenausgabe vom Dienstag haben wir darauf hingewiesen, dass einige der vom Reiche eingesetzten Verkaufsorganisationen, speziell die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, beim Absatz der ihnen überwiesenen Produkte zu hohe Preisaufschläge berechnen. Dabei erwähnten wir, dass zum Beispiel bei zuckerhaltigen Futtermitteln neben den Spesen 7 pCt. dem Preise zugeschlagen werden. Hierzu schreibt uns ein mit den Verhältnissen besonders vertrauter Fachmann: „Es werden jetzt ausschliesslich 4 pCt. und ausserdem 20 M. p. T. zum Höchstpreise zugeschlagen, das heisst wesentlich mehr als 7 pCt. Ursprünglich sollten die 20 M. nur bei Ware, die für Rechnung der Bezugsvereinigung auf Lager gegangen war, und auf der infolgedessen Spesen ruhten, berechnet werden. Jetzt aber hat man dieses Prinzip fallen lassen unter Berufung auf eine Bundesratsverordnung vom 5. August cr., in der als Ersatz für „bare Auslagen und Fracht" 20 M. pro To. der Bezugsvereinigung zugebilligt werden. Allerdings liefert die Gesellschaft sämtliche Futterartikel franko Station des Empfängers, jedoch dürfte die Fracht bei dem niedrigen Spezialtarif III im Durchschnitt den Satz von 5 M. pro To. keinesfalls überschreiten. Durch diese hohen Preisaufschläge werden die Verbraucher natürlich sehr geschädigt."

*** St. Louis and San Francisco Bahn.** Der vollständige **Reorganisationsplan der Gesellschaft** ist am 20. November bekanntgeworden. Nach diesem soll eine neue Gesellschaft gebildet werden, die das gesamte Schienennetz der alten Gesellschaft übernimmt, mit Ausnahme der New Orleans Texas and Mexico Rr. und der östlichen Linien. — Auf die ersten und zweiten Vorzugsaktien sowie auf die Stammaktien ist eine Zuzahlung von 50 Doll. zu leisten. Die Inhaber erhalten dagegen je 50 Doll. in neuen Prior Lien 5proz. Bonds und 125 Doll. bzw. 105 Doll. bzw. 85 Doll. in neuen Stammaktien. Die Inhaber der alten Refunding 4proz. Bonds erhalten 75 pCt. in neuen Prior Lien 4proz. Bonds und 25 pCt. in neuen cumulativen Income 6proz. Bonds sowie ferner die Zahlung der überfälligen Zinsen in bar. — Die alten General Lien Bonds erhalten 25 pCt. in neuen Prior Lien 4proz. Bonds, 28¾ pCt. in neuen cumulativen 6proz. Income Bonds und 55 pCt. in nicht cumulativen Income 5proz. Bonds. Es wurde ein Kaufsyndikat gebildet, das die neuen Prior Lien 5proz. als Sicherheit gegen den Betrag von 42,50 Doll. der Zuzahlung übernehmen wird, so dass den Aktionären nur die Zuzahlung von 7,50 Doll. zu leisten bleibt.

*

Nach dem Geschäftsbericht dieser in Zwangsverwaltung befindlichen Bahn sind im Jahre 1914/15 zwar die Bruttoeinnahmen weiter um 4,3 pCt. zurückgegangen, andererseits sind aber die Betriebsausgaben noch viel stärker, nämlich um 3,43 Mill. Doll., gleich 10,3 pCt., verringert worden. Davon entfällt ungefähr die Hälfte auf Ersparnisse, die offenbar auf Betriebsverbesserung zurückzuführen sind, während die andere Hälfte sich aus geringeren Zuwendungen für die Streckenunterhaltung und die Ausrüstung erklärt. Dabei muss allerdings daran erinnert werden, dass im Vorjahre ungewöhnlich grosse Aufwendungen für diese Zwecke vorgenommen wurden. Ferner kam der Bahn zustatten, dass für Steuern und Zinsen 1,13 Mill. Doll. weniger als im Vorjahr auszuwerfen waren. Immerhin ergibt sich auch in diesem Jahre ein formeller Verlust von 1,28 Mill. Doll. gegenüber 2,83 Mill. Doll. im Vorjahr. Dabei ist zuzugeben, dass das letzte Jahr besonders ungünstig war.

(in Mill.)	1910	1911	1912	1913	1914	1915
Bruttoeinnahmen . .	41,17	43,16	42,10	46,05	44,92	42,97
Streckenunterhaltung .	5,58	5,47	5,12	5,56	5,76	6,09
für Ausrüstungszwecke .	5,94	5,74	5,52	6,09	7,49	7,16
andere Ausgaben . .	16,95	18,11	18,07	18,66	18,02	16,60
Nettoeinnahmen . . .	12,49	13,84	13,39	15,34	11,65	13,14
andere Einnahmen .	2,30	2,33	1,56	1,38	0,76	0,67
Gesamt-Nettoeinnahme.	14,79	16,17	14,95	16,72	12,40	13,81
Steuern und Zinsen . .	13,87	14,64	14,77	17,30	15,23	14,97
Surplus bezw. Defizit	+0,92	+1,53	+0,18	−0,67	−2,83	−1,28

Prüft man an Hand dieses Jahresergebnisses den Reorganisationsplan, so ergibt sich nach der „Frkf. Ztg." folgendes: Im Jahre 1914/15 betrugen die festen Lasten (ohne Steuern) rund 13 Mill. Doll. Nach dem neuen Plan würde die unbedingte Last 9,10 Mill. Doll. betragen. Es ergäbe sich also ein Ueberschuss von 3,90 Mill. Doll., die für jene Werte verfügbar werden, die nur auf eine bedingte Verzinsung Anspruch haben, das sind vor allem die neuauszugebenden 6proz. kummulativen Adjustment Bonds und die konvertiblen 5proz. Income Bonds. Diese Werte hätten also, falls der Reorganisationsplan schon in Kraft wäre und die Gesellschaft eine volle Ausschüttung für zweckmässig erachtet hätte, einen Teil ihrer Zinsen bereits erhalten. Uebrigens ist diesmal zu dem Gewinn- und Verlustkonto noch zu bemerken, dass in diesem auch jene Zinslasten eingestellt sind, die tatsächlich gar nicht bezahlt wurden; es handelt sich dabei um eine Summe von nicht weniger als 6,83 Mill. Doll. Bekanntlich haben weder die 4- noch die 5proz. Bonds Zinsen erhalten.

---

* Kriegsgewinnsteuer und Börse.

Der heutige freie Effektenverkehr an der hiesigen Börse war naturgemäss ganz von der in der Morgenausgabe des „B. T." veröffentlichten Ankündigung betreffend die Verpflichtung der Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw. zur Stellung von Sonderrücklagen in Höhe von 50 pCt. der in den Kriegsjahren erzielten Mehrgewinne beherrscht. Bereits an den letzten Börsentagen war von diesbezüglichen Absichten der Regierung die Rede gewesen, und namentlich die sogenannten Rüstungswerte waren in ihrer Kursbildung von diesen Gerüchten beeinflusst worden. Auch die Zahl von 50 pCt. war in der letzten Zeit bereits erwähnt worden, nur hatte keine volle Klarheit darüber bestanden, ob eine Reservierung von 50 pCt. der in den Kriegsjahren überhaupt erzielten Gewinne oder der Mehrgewinne in Aussicht genommen werden würde. Diese Zweifelsfrage ist durch die gestrigen Bundesratsbeschlüsse beseitigt worden, und zwar haben sich hier die pessimistischen Annahmen nicht verwirklicht. Darauf mag es auch mit zurückzuführen gewesen sein, dass nach schwacher Eröffnung für alle Wertkategorien, die von der Kriegsgewinnsteuer voraussichtlich betroffen werden, später eine Beruhigung und Erholung zum Durchbruch kam, die durchschnittlich etwa die Hälfte der anfänglichen Verluste wieder einbrachte. Im übrigen verkannte man an der Börse nicht, dass die bisherigen Sicherungsmassnahmen nur recht geringe Anhaltspunkte für die endgültige Form und auch den Umfang der Steuer geben. Im allgemeinen rechnet man aber damit, dass die Steuer eine ziemlich scharfe Progression je nach der absoluten Höhe der Gewinne erfahren wird. Verschiedentlich wird angenommen, dass die Besteuerung bei manchen Unternehmungen, die bisher nur mässige Dividenden ausgeschüttet und erheblich grössere Teile der Gewinne thesauriert haben, zu einer gewissen Aufdeckung der stillen Reserven führen wird. Es fragt sich allerdings dabei, ob als Grundlage für die Berechnung der Mehrgewinne die in früheren Jahren bilanzmässig ausgewiesenen oder die vielfach steuertechnisch bereits erfassten, in einer sogenannten geheimen Steuerbilanz enthaltenen inneren Gewinne gelten werden. — Wenn die Börse bei einer Reihe von Papieren über die Einflüsse der Verordnung ziemlich schnell hinwegging, so hängt dies auch zum Teil damit zusammen, dass sie annimmt, diese Unternehmungen hätten bereits in einem der Verordnung entsprechenden Ausmass durch innere Rücklagen vorgesorgt.

Im einzelnen ist über die Kursentwicklung an der heutigen Börse noch zu berichten, dass sich heute die Wertpapiere ziemlich scharf in zwei Lager spalteten, in solche, für die die Kriegsgewinnsteuer in Betracht kommt und in solche, bei denen das nicht der Fall ist. Zu den ersteren, die fast durchweg schwächer wurden, gehörten neben den direkten „Rüstungswerten" noch die Aktien der Gussstahlwerke, wie Becker, Lindenberg, mancher Spezialwerke der Eisen- und Stahlindustrie, wie Thale, Bismarck-Hütte, ferner Werftaktien, Automobil-, Metall- und manche Maschinenwerte. Ziemlich behauptet waren die Aktien der Deutschen Erdölwerke. Gut behauptet und später befestigt waren von den Werten der zweiten Kategorie Schiffahrtsaktien. Gebessert wurden ferner die Aktien der Mechanischen Webereien Linden, der Gerb- und Farbstoffwerke Renner und Gladbacher Wollindustrie.

Die Anteile der Deutschen Reichsbank waren bei geringen Umsätzen unverändert.

Am Rentenmarkte waren Kriegsanleihen befestigt, rumänische Renten gesucht.

*

Am Geldmarkt blieb tägliches Geld mit 3½ pCt. angeboten. Privatdiskonten bedangen etwa 4¼ pCt. Für Ultimogeld wurde im allgemeinen 5¼ pCt. verlangt, bei Hergabe erster Sicherheiten waren aber die Sätze für Ultimogeld auch wesentlich niedriger. Am Devisenmarkt zogen Kabelauszahlung New-York, Devise Amsterdam sowie nordische Devisen weiter an. Kabelauszahlung New-York wurde wieder von Wien aus gekauft. Die Devise Wien war anfangs von neuem niedriger, sie erholte sich aber dann. Rubelnoten waren unverändert. Die Devise Schweiz zeigte etwas schwächere Tendenz.

*

Am Produktenmarkte waren die Zufuhren von Kartoffeln infolge des Frostes sehr gering, dagegen hielt die Nachfrage, namentlich nach Speisekartoffeln, an. In Futterkartoffeln kamen kaum Umsätze zustande. Ersatzfuttermittel waren völlig vernachlässigt und billiger angeboten.

Im heutigen Warenverkehr wurden folgende Preise bekannt: Maismehl rollend und loko Dresden 87 M., loko Berlin 88 M. ex Waggon pro 100 kg. Pferdemöhren 3,20 M. Brief pro Ztr. frei Berlin. Futter- und unsortierte Kartoffeln 2,70—2,90 M. pro Ztr. ab Station. Speisekartoffeln 2,90—3,00 M. pro Ztr. ab Station.

✱ Die deutsche Flußstahlerzeugung.

Nach den Erhebungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Flussstahlerzeugung im deutschen Zollgebiet während des Monats Oktober (26 Arbeitstage) insgesamt 1 214 855 t gegen 1 174 350 t, im September (26 Arbeitstage). Die tägliche Erzeugung belief sich auf 46 725 t (gegen 45 167 t im September). Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten wie folgt (wobei in Klammern die Erzeugung für September angegeben ist): Thomasstahl 578 337 t (580 428), Bessemerstahl 16 489 t (13 801), Basischer Siemens-Martin-Stahl 510 743 t (474 855), saurer Siemens-Martin-Stahl 21 731 t (19 895), basischer Stahlformguss 42 492 t (37 546), saurer Stahlformguss 22 050 t (26 791), Tiegelstahl 8482 t (8415), Elektrostahl 14 531 t (12 619). Von den Bezirken sind im Oktober 1915 (gegenüber September beteiligt: Rheinland-Westfalen mit 689 484 t (677 095), Schlesien mit 114 054 t (108 692), Siegerland und Hessen-Nassau mit 25 701 t (28 253), Nordost- und Mitteldeutschland mit 49 867 t (47 243), Königreich Sachsen mit 20 715 t (21 969), Süddeutschland mit 11 146 t (11 744), Saargebiet und bayerische Rheinpfalz mit 98 062 t (87 879), Elsass-Lothringen mit 112 710 t (107 802), Luxemburg mit 93 116 t (83 673).

Einen Ueberblick über die Flussstahlerzeugung im Vergleich mit der Roheisenproduktion seit Anfang 1914 gewährt folgende Tabelle:

	Roheisenerzeugung 1914	Roheisenerzeugung 1915	Rohstahlerzeugung 1914	Rohstahlerzeugung 1915
	To.		To.	
Januar	1 566 505	874 133	1 583 783	962 736
Februar	1 445 511	808 623	1 458 092	946 015
März	1 602 714	938 438	1 597 111	1 098 273
April	1 534 429	938 679	1 487 623	1 012 334
Mai	1 607 211	985 968	1 588 972	1 020 515
Juni	1 531 826	993 496	1 557 870	1 080 786
Juli	1 561 944	1 047 503	1 627 345	1 138 478
August	587 661	1 050 610	566 822	1 158 702
September	580 087	1 038 078	663 223	1 174 350
Oktober	729 841	1 076 343	900 201	1 214 815
November	788 956		900 026	
Dezember	853 881		941 399	

Danach ist ebenso wie die Roheisenproduktion auch die Stahlerzeugung im Oktober d. J. um etwa 40 000 t gestiegen, eine Besserung, wie sie in den vorhergegangenen Monaten nicht erzielt werden konnte. Der grösste Teil der Steigerung entfällt auf basischen Siemens-Martin-Stahl. Auch die Produktion von basischem Stahlformguss hat ziemlich erheblich zugenommen.

✕ **„Hubertus" Braunkohlen-Akt.-Ges.** in Brüggen a. d. Erft. Von der Verwaltung wird uns auf Anfrage mitgeteilt, dass der Geschäftsgang der Gesellschaft im Laufe dieses Jahres befriedigend war, und dass man zuversichtlich wohl mit einer mässigen Erhöhung der Dividende (i. V. 5 gegen 8 pCt. in 1913) rechnen dürfe. Die Aussichten für die Zukunft seien für die Gesellschaft, wie überhaupt für die Rheinische Braunkohlenindustrie, sehr günstig.

✱ **Die Schlesischen Kohlen- und Kokswerke,** die bekanntlich von der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft kontrolliert werden, weisen im Jahre 1914/15 nach Abschreibungen von 515 869 M. (i. V. 554 438) einen Verlust von 497 816 M. (i. V. Gewinn von 22 945) aus, um den sich der Verlustvortrag aus dem Vorjahre auf 2 995 640 M. erhöht bei einem Aktienkapital von 6 Mill. M. Nach dem Geschäftsbericht konnte bei der Gesellschaft der erhebliche nach Kriegseinbruch eingetretene Rückgang der Kohlenförderung und Kokserzeugung nicht herabgemindert werden, weil es nicht möglich war, für die zum Heere einberufenen Arbeiter geeigneten Ersatz heranzuziehen. Die Arbeiterzahl betrug durchschnittlich 2499 gegen 3491 im Vorjahre. Die Gestehungskosten haben infolge dieses Förderausfalles, ferner infolge von Lohnaufbesserungen und Kriegsaufwendungen eine bedeutende Steigerung erfahren. Demgegenüber konnte in den Erlösen eine Besserung nur in geringem Umfange erreicht werden, weil die Produktion hauptsächlich zur Erfüllung von Schlüssen (mit der Prager Eisenindustrie?) erforderlich war, während die Preise noch unter dem Drucke der ungünstigen, vor dem Kriege bestehenden Geschäftslage vereinbart worden waren. Weiter hat die Gesellschaft durch den ungünstigen Stand der österreichischen Valuta eine bedeutende Einbusse erlitten, weil sie gezwungen war, für ihre Lieferungen nach Oesterreich den Umrechnungskurs von Monat zu Monat herabzusetzen. Schliesslich wurde das Jahresergebnis dadurch nachteilig beeinflusst, dass bei der bedeutend geringeren Förderung die gleichen erheblichen Zinsen wie im Vorjahre für die schwebende Schuld zu tragen waren. Diese schwebende Akzepteschuld ist laut Bilanz von 5 auf 6 Mill. M. gestiegen, auf der andern Seite haben sich allerdings die Kreditoren von 2 772 766 Mark auf 1 604 000 M. verringert. Die Aufwendungen für Zinsen und Bankprovisionen sind in Gewinn- und Verlustrechnung mit 479 682 M. (473 691) ausgewiesen. Die Kohlenförderung ging von 616 068 To. auf 458 914 To., die Kokserzeugung von 229 907 To. auf 147 641 To. zurück. In entsprechender Weise haben sich auch die Zahlen der Nebenproduktegewinnung verringert. In der Bilanz erscheinen, abgesehen von den bereits erwähnten Verbindlichkeiten u. a. Debitoren mit 805 243 M. (700 801), und Vorräte mit 462 680 M. (909 401) ausgewiesen.

✕ **Die Reinstrom u. Pilz Akt.-Ges.,** Emaillierwerk in Schwarzenberg, erzielte in 1914/15 729 922 M. (1913/14 459 640) Bruttogewinn. Für Unterstützungen hat die Gesellschaft 60 000 M. zurückgestellt (i. V. 0). Die Abschreibungen werden auf 103 767 M. (53 739) bemessen. Der Ueberschuss stellt sich auf 279 616 M. (107 731). Hieraus sollen, wie schon gemeldet, 10 pCt. (i. V. 5 pCt.) Dividende ausgeschüttet werden. Der Aufsichtsrat erhält 24 028 M.; hierin ist ein Betrag von 6000 M. enthalten als Entschädigung dafür, dass der Aufsichtsrat im Vorjahre keinen Gewinnanteil erhielt. Auf neue Rechnung werden 67 839 M. (12 635) vorgetragen. In das neue Geschäftsjahr tritt die Gesellschaft laut Geschäftsbericht mit guten Aufträgen ein.

✱ **Die Holsten-Brauerei** in Altona erzielte im Jahre 1914/15 nach Abschreibungen von 344 743 M. (328 838) einen Reingewinn von 725 719 M. (712 653). Die Dividende von 14 pCt. auf das erhöhte Kapital von 4 600 000 M. nimmt 644 000 M. in Anspruch, während im vorigen Jahre 14 pCt. Dividende auf 2,5 Mill. Mark Aktienkapital = 350 000 M. und 253 125 M. als Dividendenentschädigung und Bonus an die Aktionäre der damals vor kurzem von der Gesellschaft aufgenommenen Vereinsbrauerei gezahlt worden waren. Nach dem Geschäftsbericht verdankt die Gesellschaft, trotzdem der Absatz erheblich, wenn auch nicht bis zur Höhe der staatlichen Beschränkung des Malzverbrauchs sank, das erzielte befriedigende Betriebsergebnis ihren grossen Vorräten aus dem Vorjahre und vorteilhaften Einkäufen. (Die vorgenommenen Bierpreiserhöhungen dürften wohl auch eine Rolle dabei gespielt haben. Die Red.) In der Bilanz erscheinen u. a. Bier und Warenvorräte mit 980 465 M. (966 870). Die übrigen Aktivkonten haben sich wenig verringert bis auf das Konto Effekten, das von 439 582 M. auf 207 109 M. zurückgegangen ist. Unter den Passiven haben sich die Akzepte von 401 887 M. auf 181 912 M. verringert, die gestundete Brausteuer ist von 220 607 M. auf 146 840 M. zurückgegangen, dagegen ist die temporäre Bauanleihe von 575 000 M. auf 750 000 M. gestiegen.

✕ **Die Akt.-Ges. für Bürsten-Industrie** in Striegau i. Schles. erzielte in dem am 31. Juni 1915 abgelaufenen Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 554 945 M. (1913/14 464 155). Aus dem Vorjahre stand ein Vortrag von 31 669 M. zur Verfügung (17 025). Für Steuern und Versicherungen wurden aufgewandt 26 212 M. (30 440), für Betriebs- und Grundstücksunterhaltung 42 014 M. (46 036), für Handlungsunkosten und Gehälter 107 864 M. (124 980). Zu Abschreibungen werden 69 244 M. (58 075) verwandt. Der Ueberschuss stellt sich auf 268 424 M. (158 560). Hieraus sollen 8 pCt. ((5) Dividende ausgeschüttet werden. Die Tantiemen für Direktion und Aufsichtsrat betragen 36 983 M. (18 891). Für Gratifikationen usw. werden 16 000 M. (8000) benutzt. Der Reservefonds I erhält 62 89 M. (0), der Reservefonds II 11 863 M. (0). Auf neue Rechnung werden 36 688 M. vorgetragen. Die Auszahlung der Dividende erfordert 160 000 M. (100 000). Im Geschäftsbericht teilt die Verwaltung mit, dass sie anfangs die Produktion erheblich herabsetzen musste, da der Absatz der Fabrikate ins Stocken geraten war. Erst von Oktober ab habe sich das Inlandsgeschäft und der Absatz nach neutralen Ländern wieder gehoben, so dass sie den Betrieb voll aufrechterhalten konnte. Auch jetzt ist die Gesellschaft, wie sie mitteilt, ausreichend beschäftigt. In der Bilanz erscheinen u. a. Immobilien mit 558 925 M. (570 332), Maschinen mit 291 166 M. (317 568), Vorräte mit 380 793 M. (394 494), fertige und halbfertige Waren mit 187 833 M. (287 840). Debitoren schuldeten 449 222 M. (387 584). Das Bankguthaben stellt sich auf 107 558 M. (49 933). Die auswärtigen Anlagen werden mit 786 819 M. (789 040) bewertet. Effekten erscheinen neu mit 68 701 M. Kreditoren hatten 145 901 M. (198 662) zu fordern.

✕ **Die neue Russische innere 5½proz. Anleihe,** die in Höhe von 1 Milliarde Rubel in der Form von 10 Jahre laufenden Obligationen ausgegeben werden soll, wird, wie uns mitgeteilt wird, zu 95 pCt. aufgelegt. Was die Einzahlungstermine anlangt, so müssen am 23. November 40 pCt., am 13. Dezember 30 pCt. und am 15. Januar nächsten Jahres die letzten 30 pCt. eingezahlt werden.

✱ **Russlands Getreideernte 1915.** Ueber die Getreideernte im europäischen Russland (mit Ausnahme der Gouvernements Kurland, Wilna, Grodno, Kowno, Cholm und des Weichselgebietes) bringt das russische Landwirtschaftsministerium statistische Daten, zusammengestellt nach den Mitteilungen der Schätzungsinspektoren, die wir im Auszuge wiedergeben. Das mit Getreidefrüchten bestellte Areal betrug 1915 in 50 Gouvernements des europäischen Russlands 77880000 Desjatinen (1 Desjatine = 109,25 Ar), davon entfielen 30 305 000 auf Wintersaat und 47 575 000 auf Sommersaat. Verglichen mit dem Vorjahre war das mit Wintersaat bestellte Areal um 428 400 Desjatinen grösser, während sich das mit Sommersaat um 1702000 Desjatinen verringerte; insgesamt ist demnach ein Rückgang der Anbaufläche um 1 273 600 Desjatinen (1,6 pCt.) zu verzeichnen. Dieser Rückgang entfällt in der Hauptsache auf die Baltischen Provinzen (um 268 000 Desjatinen oder 31,1 pCt.), Südrussland (855.800 Desjatinen oder 4,4 pCt.) und Nordwest-Russland (um 1 189 000 Desjatinen oder 28,5 pCt.). Die Gesamternte aller Getreidearten von obigen 77 880 000 Desjatinen schätzt das Landwirtschaftsministerium, auf Grund der Probedrusche, auf 4 075 363 500 Pud; davon entfallen 1 838 501 100 Pud oder 45,1 pCt. auf Wintergetreide und 2 236 862 400 Pud oder 54,9 pCt. auf Sommergetreide. Der Durchschnittsertrag von einer Desjatine stellt sich in diesem Jahre auf 52 Pud (Wintergetreide 61 Pud und Sommergetreide 47 Pud); dieses Ergebnis übertrifft die Durchschnittsernte des letzten Jahrfünft um 6 Pud pro Desjatine. Verglichen mit dem Ertrage des Vorjahres ist die Ernte des laufenden Jahres um 795,1 Mill. Pud (oder 24,2 pCt.) grösser. Es ist dabei jedoch in Betracht zu ziehen, dass einerseits die Ernte des Vorjahres, infolge der andauernden Trockenheit, weit unter „mittel" war, während andererseits in 1915 die Ernte des von unseren und der Verbündeten Heeren besetzten Gebietes ausfiel; dieses von uns okkupierte Land brachte im Durchschnitt der letzten fünf Jahre 143 500 000 Pud.

Die Compagnie Parisienne de l'air comprimé erzielte im verflossenen Geschäftsjahre, wie uns ein Privat-Telegramm nach der „Frkf. Ztg." meldet, einen Reingewinn von 1 584 213 Fr. (i. V. 4 681 845), aus dem eine Dividende von 30 Fr. gegen 45 Fr. im Vorjahr ausgeschüttet werden soll.

✱ **Die Société Financière Italo-Suisse** in Genf, die dem Brown-Boveri-Konzern nahesteht, zahlt für 1914/15 keine Dividende gegen je 5 pCt. in beiden Vorjahren.

✱ **London,** 25. November. (Privat-Telegramm.) Die **Aufhebung der Mindestpreise** verursachte am 24. November ausser dem bereits gemeldeten Kurssturz der englischen Konsols auch den Rückgang der zweieinhalbprozentigen Annuitäten auf 55¼ und der 2¾ Annuitäten auf 62. Am erheblichsten, nämlich um 16, war der Kurssturz der 4proz. Vancouver Bonds. — Zu der bereits gemeldeten **Gründung einer amerikanischen Gesellschaft** von 50 Mill. Doll. Kapital, bestehend aus 49 Mill. Doll. Stammaktien und 1 Mill. Doll. „Manager Stocks", durch die National City Bank wird noch ergänzend mitgeteilt, dass die Gründung hauptsächlich zur Förderung des amerikanischen Aussenhandels erfolgt ist. Die Gründung sei die Folge des Wegziehens englischen, deutschen und französischen Kapitals aus Südamerika. Der Hauptzweck der Gesellschaft sei die Uebernahme auswärtiger Anleihen und die Finanzierung von ausländischen Unternehmungen, um damit im Auslande die Betätigung des amerikanischen Kapitals und der amerikanischen Industrie zu fördern. In amerikanischen Kreisen wird dieser Gründung grosse Bedeutung beigemessen. Präsident der Gesellschaft ist Ch. Stone.

✱ **Vom amerikanischen Eisenmarkt.** Das Fachblatt „Iron Age" schreibt in seinem Wochenbericht u. a.: Das Geschäft am Stahlmarkt ist ausserordentlich lebhaft, und die Preise verfolgen weiter steigende Richtung. Die Pennsylvania Rr. zog ihren Auftrag auf 11 000 To. Stahlbarren zurück und protestierte gegen die übermässig hohen Preise. Verschiedene Fabrikanten führen über die Knappheit an Stahl Klage. Die Preise für Stahlknüppel, Platten und Stangen wurden um 1 bis 2 Doll. erhöht, für Barren um 2 Doll. Roheisen liegt fest und wird an den nördlichen Märkten um 1 Doll. höher notiert.

✕ **Ueber den Handel der Vereinigten Staaten mit Russland** berichtet die „Deutsch-amerikanische Handelskammer" in New-York: Die vielen unbezahlten Rechnungen russischer Kaufleute und der niedrige Stand des Rubels haben sich als unüberwindliche Hindernisse für die Ausdehnung der privaten russisch-amerikanischen Handelsbeziehungen erwiesen. Die russische Regierung hat allerdings grosse Mengen von Kriegsmaterialien bezogen. Die Amerikaner geben aber auf Kredit nichts mehr ab, seitdem sich verschiedene grosse Firmen stark die „Finger verbrannt" haben. Der Not gehorchend, versucht nun die russische Regierung in Amerika Gegenkredite zu schaffen, indem sie sich bereit erklärt hat, russische Waren, soweit sie nicht von der Regierung gebraucht werden, nach Amerika durchzulassen, wenn die Firmen, an die die Waren konsigniert sind, Sicherheit dafür stellen, dass sie nicht den Gegnern Russlands in die Hände fallen. Die Waren sollen an das auswärtige Handelsdepartement in New-York verschifft werden, und bis dieses sich ganz fest überzeugt hat, dass die betreffende Firma keine deutschen oder österreichischen Verbindungen unterhält, im russischen Besitz bleiben. Auf russischer Seite waren es besonders die Pelzhändler, die in die Regierung drangen, ihnen eine Verkaufsmöglichkeit für Karakuls und ähnliche teure Sachen zu geben, da ihnen der deutsche Markt verschlossen ist. Augenblicklich befindet sich Alexander Behr, Präsident der russisch-amerikanischen Handelskammer in Moskau, in New-York, um Arrangements für die Gründung einer amerikanischen Bank in Moskau und einer russisch-amerikanischen Handelskammer in New-York zu treffen, doch hat man von Resultaten noch nichts gehört. Man erwartet, Häute, Felle, einige Sorten Samen, Mineralöle, Flachs und groben Drillich durchzubringen, von welchen Waren grosse Quantitäten in den Hafenstädten Russlands auf Beförderung warten, nachdem sie zum Teil bereits vor neun Monaten bestellt worden sind. (Der amerikanische Import von Russland betrug im Jahre 1913 nur 0,9 pCt. der gesamten russischen Exporte, und von den ganzen Importen Russlands kamen nur 5,9 pCt. aus den Vereinigten Staaten.)

✕ **Aenderungen der Ausfuhrverbote in Oesterreich-Ungarn.** Mit einer kürzlich erlassenen Verordnung der zuständigen österreichischen Ministerien ist im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung eine Abänderung der Bestimmungen über die Aus- und Durchfuhrverbote in Oesterreich-Ungarn erfolgt. So wurde neuerdings die Aus- und Durchfuhr aller Sämereien verboten, ferner die Aus- und Durchfuhr von Vaselin und Lanolin, von Zickelfellen, von Asbestwaren (ausgenommen Asbestzementschiefer), von Kopalharz, Schellack und anderen Gummen und Harzen der Zolltarifnummer 174, sowie die Aus- und Durchfuhr von Durchschreib- (Indigo-, Carbon-) Papier. Eine Aenderung haben ferner die Bestimmungen über die Aus- und Durchfuhr von chirurgischen und medizinischen Instrumenten, von Arzneistoffen und Arzneizubereitungen erfahren. Des weiteren wurde die Aus- und Durchfuhr von Brom und seinen Verbindungen, sowie die Aus- und Durchfuhr von Seifen und Oelfirnissen untersagt. Der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband in Berlin hat eine Zusammenstellung der über die Aus- und Durchfuhr in Oesterreich-Ungarn erlassenen Verbote nach ihrem neuesten Stande herausgegeben, die den Interessenten gegen Ersatz der Portokosten unentgeltlich von der Geschäftsstelle des Verbandes (Berlin W., Am Karlsbad 16) übermittelt wird.

BERLINER HANDELSREGISTER.

Eintragungen vom 23. und 24. November.

Abt. A. Ernst Taeger. Berlin-Steglitz, Schlossstr. 26. Inh. ist Kfm. Ernst Taeger, ebenda. Prokurist: Emma Krull. — Vereinigung der Kunstfreunde Ad. O. Troitzsch. Hans Schuppmann ist ausgeschieden, Gesellschaftsdirektor Hans Kraemer, hier, eingetreten. — Joseph Meyer. Einzelprokuristen: Gertrud Segall und Rosa Hirsch. — J. Goldstein & Sohn. Inh. ist jetzt allein Kfm. Felix Peretz, hier. — Gelöscht sind die Firmen: Paul F. Meyer. — Motorenfabrik Dr. Alfred Sternberg.

Abt. B. Deutsche Holzvertrieb Akt.-Ges. Die Satzung ist geändert. — Ungarische Lebensmittel Transport Akt.-Ges. Die Satzung ist geändert. Zu Mitgliedern der Direktion sind ernannt: Dir. Samuel Stern u. Dir. Barna Buday in Budapest. Die Prokura des Samuel Stern ist gelöscht. — Vereinigte Kunst-Institute, Act.-Ges. vorm. Otto Troitzsch. Hans Schuppmann ist nicht mehr Vorstandsmitglied. — Zeidler & Remak Metallwarenfabrik G. m. b. H. Stammkapital: 20 000 M. Geschäftsf.: Fabkt. Gustav Zeidler u. Dipl.-Ing. Hans Ismar Remak, hier. — Adolf Rottsieger & Comp. m. b. H. Berlin-Dahlem. (Früher in Remscheid.) Stammkapital: 20 000 M. Geschäftsf.: Kfm. Adolf Rottsieger in Berlin-Dahlem. Einelprokurist: Frieda Rottsieger. — Waren-Import-G. m. b. H. Geschäftsf.: Die Kflte. Alfred Bondy, hier u. Martin Marcis in Berlin-Schöneberg.

KONKURSE UND ZAHLUNGSSTOCKUNGEN.

✱ **Berliner Konkurse.** Der Zwangsvergleich im Konkurs des Kaufmanns Adolf Bythiner in Berlin, Markgrafenstrasse 36, wurde auf Grundlage von 5 pCt mit grosser Majorität angenommen. Die Passiven betragen 577 000 M. Von 349 193 M. stimmberechtigten Gläubigern stimmten 283 618 M. für den Vergleich. Bei Eintritt in die Verhandlung über die Bestätigung des Vergleichs beantragte Generalsekretär Cahen vom Gläubigerschutzverband für Handel und Industrie, den Vergleich auf Grund der §§ 187 und 188,2 der Konkursordnung zu verwerfen. Die schriftliche Begründung des Antrages ist innerhalb zwei Tagen dem Gericht zuzustellen, und ist die Bestätigung des Vergleichs zunächst auf acht Tage ausgesetzt. — Im Konkurs der off. Hg. in Firma Maschinenfabrik Simon Stadler in Berlin, Prinzenallee 84, stellt der Verwalter im Prüfungstermin auf 84 637 M. vorrechtslose Forderungen 17,70 pCt. Dividende in Aussicht. — Im Konkurs des in Insterburg verstorb. Kfms. Leopold Saenger aus Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 68, entfällt nach dem Bericht des Verwalters Teichner im Wahltermin auf 45 000 M. vorrechtslose Forderungen zurzeit keine Dividende. — Der Vergleich im Konkurs des Kfms. Josef Baumgart, Inh. d. Fa. Deutsche Bekleidungskompagnie Jos. Baumgart in Berlin, Reinickendorfer Str. 92, wurde auf Basis von 20 pCt. angenommen und bestätigt. — Im Konkurs des Fuhrherrn Paul Schneider in Berlin-Oberschöneweide, Wilhelminenhofstrasse 82, findet beim Amtsgericht Köpenick am 15. Dezember, 10½ Uhr, Termin statt zur Beschlussfassung über Einstellung des Verfahrens mangels Masse und Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters.

Konkurs Ed. Meyer, Schuhfabrik in Lugau (Sa.). Die Firma bietet ihren Gläubigern im Zwangsvergleich 20 pCt. Das Gebot wurde angenommen. Die Verpflichtungen betragen 240 000 M.

Fonds-Telegramme.

London, 25 November. (W. T. B.)

	25. 11.	24. 11.		25. 11.	24. 11.
2½% Engl. Konsols	59	57 3/4	Pennsylvania	63 1/4	63
5% Argentin. von 1886	98	98	Southern Pacific	109 1/8	108 1/2
4% Brasilian. von 1889	—	49 1/2	Union Pacific	149	148
4% Japaner von 1899	74 1/4	73 7/8	Unit States Steel Corp.	92 1/4	91 1/2
3% Portugiesen	53	53 1/8	Anaconda Copper	18 7/8	18 /4
5% Russen von 1906	85 /8	85	Rio Tinto	56 7/8	57 1/4
4½% Russen von 1909	—	76 3/4	Chartered	10 1	10/1 1/2
Baltimore and Ohio	100 1/4	99 3/4	De Beers def.	11 1/2	11 7/16
Canadian Pacific	198	196 1/2	Goldfields	1 1/2	1 3/8
Erie	46 7/8	46 5/8	Randmines	4 1/4	4 1/
Nat. Railways of Mex.	9 7/8	9 3/4			

London. 24. November Privatdiskont 5¼. Silber 26¼. Bankeingang 635 000 Pfd. Sterl.

✱ **Vom Petersburger Effekten- und Devisenmarkt** meldet uns ein Privat-Telegramm folgende Kurse:

	20. 11.	19. 11.		20. 11.	19. 11
Russ. 4proz. Rente	78 3/8	78,35	Baku Naphta	629	624
Russ. 5proz. Rente	90	90	Lianosow	135	136
Erste Prämienlose	573	569	Nobel Naphta	979	976
Zweite Prämienlose	446 1/2	445	Briansk	141	141
WladikawkasEisenb.	2225	2225	Don-Jurjew	198	198
Asow-Don-Comrzbk.	475	475	Becker	41	41
Wolga-Kamabk.	845	850	Putilowwerke	87	86
Petersbg. Int.-Hdlsbk.	339	321	Tula-Patronenfabrik	560 1/2	—
Petersbg. Privhdlsbk.	122	123 1/2	Phönix	60	60
Russ. Bk f. ausw. Hdl.	304	300	Lena Goldind.	497	498
Sibir. Handelsbk.	490	490	Russ. Goldminen	50 1/2	51
Anthracit-Werke	90	90	Nikopol Mariopol	182	180 1/2
Russ. Balt. Waggfbr.	82 1/2	82 1/2	Sormowo	154 1/2	152

Valuten: 10 Pfd. Sterl. am 20. November 146.25, 145,00 (19. November (146,00, 146,50, 145.25, 146.50) Rbl., 100 Fr. = 52,50, 52,00 (52,90, 52.75, 53) Rbl., 100 nordische Kronen = 85, 84.50, 84.75 85,50, 85, 85,50) Rbl., 1 Dollar = 3,10, 3,12 (3,14, 3,13, 3,15) Rbl.

WAREN-MARKT.

✕ **Kartoffelbericht** von Gustav Ober, Berlin. Auch in der vergangenen Berichtswoche blieben die Zufuhren knapp, da die meisten Besitzer jetzt Ware für die Kommunalverbände liefern. Es sind erzielt worden im Verkauf der Grosshändler an die Kleinhändler ab Berlin Ostbahnhof pro 100 kg für Daber-Speisekartoffeln 6,60—7,00 M., Magnum bonum und Up to date 6,60—7,00 M., Wohltmann 6,20—6,50 M., runde Weisse 6,20—6,50 M.

✕ **Ueber den Stettiner Fischmarkt** berichtet die Firma E. F. Dahlke: In der letzten Woche war die Nachfrage kleiner, weshalb die Umsätze geringer waren. Die Tendenz ist jedoch fest und die Preise sind ziemlich unverändert. Es wurden im Grosshandel nachstehende Preise bezahlt: Holländer Vollheringe: Superior ca. 600—650 Stück à 128.50 M.; Sortierte ca. 700—750 Stück à 128.50 M.; Prima ca. 800—900 Stück à 128,50 M. Holländer Sommerfangheringe nur noch in halben Tonnen pro 2/2 To. 125 M. Isländer Heringe: ca. 350—400 Stück pro To. 93 M. Norweger Fettheringe: 9—10 Stück per Kilo pro To. 127 M.; 10—12 Stück 127 M.; 12—14 Stück 124 M.; 14—16 Stück 120 M.; 16—18 Stück 116 M.; 18 bis 20 Stükc 108 M.; 20—22 Stück 104 M.; 20—25 Stück 100 M.; 25—30 Stück 94 M.; 30—35 Stück 93 M. Alles pro To. zollfrei. — Sardellen unverändert. 1909er à 70 M.; 1911er à 66 M.; 1912er à 61 M.; 1913er à 61 M.; 1914er à 61 M.; 1915er à 61 M.; Importsardellen à 43 M. Pro Anker verzollt.

Rotterdam, 25. November. (Privat-Telegramm.) Das Ausfuhrverbot für Rohflachs ist wieder aufgehoben worden. Die Umsätze sind bedeutend und Preise sehr fest. Gröninger und Seeländer Flächse werden bis zu 135 Fl. bezahlt. Halbgeschwungener Flachs erzielt 105—115 Fl., Tauröste 105 Fl., für doppelt gebrochenen Flachs wurden 85 Fl. angelegt.

✱ **Kalbfelleinschreibung zu Stuttgart.** Bei der Einschreibung von Kalbfellen wurden folgende Preise erzielt: Stuttgarter Gefälle bis 6 Pfd. pro Stück 8,75, do. von 6 bis 7 Pfd. 10,75, do. von 7—8 Pfd. 12,25, do. von 8 bis 9 Pfd. 12,95, do. von 9 bis 10 Pfd. 14,50, do. von 10 bis 11 Pfd. 16,00, do. von 11 bis 14 Pfd. 18,00, do. über 14 Pfd. 30,15 M. pro Stück. — Mannheimer Gefälle: über 8 Pfd. pro Stück 11,75, do. von 6 bis 7 Pfd. 10,25, unter 6 Pfd. 8,25 M. pro Stück. Karlsruher Gefälle: über 12 Pfd. pro Stück 20,35 M. Mittelbadisches Gefälle aus Oos: über 12 Pfd. pro Stück 20,35 M. Das Gefälle von den Nebenplätzen brachte ca. 50 Pf. pro Pfund weniger. Verschiedene Lose wurden nicht zugeschlagen.

✱ **Vom Wildhäutemarkt.** Auf den holländischen Märkten Amsterdam und Rotterdam ist das Geschäft durchaus ruhig. Es fanden nur mässige Verkäufe statt, und obgleich auch die Zufuhren sich in engen Grenzen halten, haben sich doch nicht unerhebliche Vorräte in den verschiedensten Provenienzen angesammelt. Die Preise sind teils behauptet, teils aber auch weichend. — In Le Havre ist der Verkehr ebenfalls recht belanglos. Die Regierung hat mehrfach die Ausfuhr gewisser Wildhäutegattungen gestattet; trotzdem liegt das Geschäft fast völlig danieder. Es haben sich etwa 100 000 Häute angesammelt, die nur mit Preisnachlässen unterzubringen sein dürften. — Auch aus London wird eine lebhafte Stimmung nur für schwere Leder gemeldet. Im übrigen macht sich der Gerbstoffmangel weiter bemerkbar.

London. 24. November. Kaffee ruhig. 41¾.

Wasserstand am 26. November Am Pegel zu Ratibor 2,02 m, Neissemündung 2,08 m, Brieg 3,16 m, Breslau — 0,32 m, Dresden — 1,09 m, Magdeburg 1,32 m.